



# Antragsbuch

**26. Ordentlicher Landesparteitag  
der FDP Thüringen**

**2. März 2013**

**Weimar**

**ACHTUNG:  
Bitte bringen Sie dieses Antragsbuch  
mit nach Weimar.**

**Nr. Antrag**

S1 Satzungsänderungsantrag

**Grundsatzprogramm**

G1 Grundsatzprogramm "Weimarer Grundsätze"

G2 Grundsatzprogramm "Weimarer Manifest der Freiheit"

**Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kunst**

1 Bildung stärken – vakante Schulleiterstellen schneller besetzen

2 „Bedarfsgerechte Bildung für Kinder statt Inklusion mit der Brechstange“

3 Personalentwicklungskonzept für die Lehr- und Fachkräfte an Thüringer Schulen

**Innen, Justiz, Bund, Europa**

4 Effektive Strukturen für Thüringen

5 "Strafvollzugskonzept auf den Prüfstand – Fakten statt Behauptungen!"

6 Bürgernähe sichern

7 Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

8 Änderung der Rundfunkbeitragsordnung

9 Trinkwasserversorgung bleibt kommunale Aufgabe

10 Bestattungswälder in Thüringen erlauben

11 Abschaffung der Landesbeauftragten

12 Onlineklagen einführen

13 Konnexitätsprinzip in die Verfassung

14 Finanzierung Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten

**Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur**

15 Integration von Fernverkehrsleistungen mit dem Nahverkehr auf der Saalbahn

16 Bürgergeld statt Mindestlohn

17 Wohnen in Thüringen – „Marktkonforme Konzepte statt dirigistischer Maßnahmen“

18 Fälligkeitsdatum Sozialversicherungsabgaben verlegen

19 Strompreise für Verbraucher bezahlbar gestalten

20 Ablehnung Mindestlohn

21 Einführung einer bundesweiten Lohnuntergrenze

22 FDP bleibt gegen Mindestlohn

**Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales**

23 Kindererziehungszeiten für Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben

24 Ablehnung einer Frauenquote

**Antragsteller**

KV Eisenach, Michaela Merz

Landesvorstand

Torsten Grieger, Dr. Harald Kunze,  
Daniel M. Scheidel, Bastian Schwotzer,  
Detlef Zschiegner

KV Greiz, Nordhausen

KV Greiz, KV Nordhausen

KV Erfurt

Thomas Vollmar, KV Hildburghausen,  
KV Erfurt, KV JenaKV Greiz, KV Gera, KV Saalfeld-  
Rudolstadt

KV Greiz

KV Jena

KV Jena, VLK Thüringen

KV Jena, VLK Thüringen

Junge Liberale Thüringen

Junge Liberale Thüringen

Junge Liberale Thüringen

KV Nordhausen

KV Erfurt

KV Jena

KV Nordhausen

KV Erfurt

KV Erfurt

KV Erfurt

KV Erfurt

Dr. Wolfgang Maruschky, Kreisvorstand  
Saale-Holzland-Kreis

Thomas Vollmar, KV Hildburghausen

Liberale Frauen Thüringen

Liberale Frauen Thüringen

- |    |  |   |
|----|--|---|
| 25 | Versorgungslücken in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) schließen - Mundgesundheit für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung verbessern. | KV Wartburgkreis, Marian Koppe, Dirk Bergner  |
| 26 | Novellierung § 275 SGB V   |   |
| 27 | Ehe- und familienpolitische Leistungen überprüfen - Maßnahmensystem harmonisieren - Leistungen zielgenauer, wirksamer und effizienter gestalten.         | KV Wartburgkreis, Marian Koppe, Dirk Bergner  |
| 28 | Kooperative Tagespflege ermöglichen  | KV Jena   |
| 29 | Keine Quote – Nirgendwo!   | Junge Liberale Thüringen  |
| 30 | Gegen das Betreuungsgeld!<br><b>Steuern, Finanzen, Haushalt und Kommunales</b>   | Junge Liberale Thüringen  |
| 31 | Umfassende Steuervereinfachung mittels Kirchhof-Modell   | KV Erfurt, KV Wartburgkreis, KV Saalfeld-Rudolstadt, KV Saale-Orla-Kreis, KV Hildburghausen, KV Sömmerda, KV Gotha, KV Ilm-Kreis, LFA V Haushalt und Finanzen |
| 32 | 1-Prozent-Regel  | KV Erfurt   |

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

SATZUNGSÄNDERUNGSANTRAG

S 1

---

Antragsinhalt: Änderung § 35 der Landessatzung

Antragsteller: KV Eisenach, Michaela Merz

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 In § 35 Zusammensetzung und Arbeitsweise

2

3 (1) Der Landesvorstand beruft die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse und  
4 Arbeitsgruppen.

5

6 Ist wie folgt zu ändern:

7

8 (1) Der Landesvorstand beruft die Mitglieder der Landesfachausschüsse und  
9 Arbeitsgruppen. Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und  
10 stellvertretenden Vorsitzenden.

Begründung:

Der Landesverband hat das Recht, Landesfachverbände und Arbeitsgruppen zu gründen oder deren Auflösung zu beschließen. Nur FDP-Mitglieder können den Landesfachverbänden und Arbeitsgruppen als „vollwertige“ Mitglieder angehören. Es gibt deshalb keinen Grund, warum die FDP-Landesfachausschuss/Arbeitskreis Mitglieder sich nicht selbst organisieren sollten. Als fachlich qualifizierte Gruppe kann der Landesfachausschuss bzw. der Arbeitskreis außerdem viel besser entscheiden, wer aus der Mitte der Mitglieder als Vorsitzende/r die entsprechende Verantwortung übernehmen kann.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 1 von 19

ANTRAG-NR. G1

---

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Grundsatzprogramm FDP Thüringen

2

3 **„Weimarer Grundsätze“**

4

5 *Vorbemerkung:* Die FDP Thüringen hat auf ihrem Landesparteitag am 09. April 2011 in Ilmenau  
6 beschlossen, sich ein Grundsatzprogramm zu geben. Dieses Grundsatzprogramm soll den  
7 programmatisch-inhaltlichen Kern der Liberalen in Thüringen definieren, unsere politische DNA  
8 beschreiben und Abgrenzungen zu politischen Mitbewerbern erläutern. Bis zur Einbringung des  
9 Grundsatzprogrammes zum Landesparteitag am 15.9.2012 in Saalfeld beschäftigten sich  
10 verschiedene Diskussionsrunden, Mitgliederversammlungen und Gremiensitzungen (usw.) mit der  
11 Fassung für einen ersten Entwurf. Zu jeder Sitzung des Landesvorstandes und des Landesparteirates  
12 wurde über Fortgang und Entwicklung des Grundsatzprogramms berichtet. Der Saalfelder Parteitag  
13 15.9.2012 legte fest, dass das Programm bis zum Landesparteitag im März 2013 weiter bearbeitet  
14 und diskutiert werden soll. Ein Beschluss wird damit zum Landesparteitag im März 2013 gefasst. Der  
15 Antrag wird vom Landesvorstand gestellt.

16 Inhaltsübersicht:

17 **I. Für Thüringen: Land der Freiheit und liberaler Weltanschauung** S. 2

18 **II. Die Liberalen in Thüringen** S. 5

19 **III. Leitlinien liberaler Politik in Thüringen** S. 7

20 Der liberale Staat ermöglicht Freiheit S. 7

21 Freiheit durch Übernahme von Verantwortung S. 8

22 Familie und liberale Politik S. 9

23 Bildung ermöglicht Freiheit S. 10

24 Kultur ermöglicht Freiheit S. 13

25 Wirtschaftliche Kraft und solide Finanzen S. 14

26 Liberale Gesundheitspolitik S. 16

27 Umweltpolitik, Landwirtschaft S. 16

28 Thüringen und Europa S. 17

29

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 2 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

**I. Für Thüringen: Land der Freiheit und liberaler Weltanschauung**

2

3 (1) **Die liberale Weltanschauung stellt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt.** Der Mensch  
4 ist Grund und Grenze liberaler Politik. Andere Weltanschauungen und politische Mitbewerber  
5 stellen die Qualität und Ausrichtung der Gesellschaft – und damit der organisierten Staatlichkeit –  
6 und leiten daraus die Anforderungen an die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, ab. Für uns  
7 Liberale aber ist der Mensch Basis und Ausgangspunkt unserer Grundhaltung und bestimmt  
8 dadurch Wesen und Ausrichtung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. **Als mündiger**  
9 **Bürger verfügt er über die gestalterische Fähigkeit und Urteilskraft, die Beziehungen zu**  
10 **anderen Menschen und ihrer Umwelt fair zu gestalten.** Die persönliche Freiheit endet dort, wo  
11 sie die persönliche Freiheit anderer Menschen einschränkt. Diese Einschränkungen der  
12 persönlichen Freiheit durch Regeln und Normen werden dann akzeptiert, wenn sie für ein faires  
13 Miteinander notwendig sind.

14

15 (2) Liberale verteidigen die Freiheit des Menschen, definieren jedoch gleichzeitig den Rahmen,  
16 innerhalb dessen die Ausübung persönlicher Freiheit der Verantwortung gegenüber der Umwelt  
17 gerecht wird. **Die liberale Gesellschaftsauffassung hält damit den Bürgern eben kein**  
18 **Fernziel vor Augen, für das es sich zu kämpfen (und auch zuweilen zu sterben) lohnen**  
19 **soll.** Vielmehr besteht das freiheitliche Ziel darin, das ständige Miteinander zu organisieren,  
20 täglich eigene Freiheiten zu verteidigen und laufend Ziele zu setzen, ohne die Verantwortung  
21 dafür an übergeordnete Stellen, Ideologien oder Fernziele abzugeben. Die Freiheit in diesem  
22 Sinne bedeutet, in einer offenen Gesellschaft für etwas einzutreten. Den Raum für Freiheit zu  
23 schaffen, ist Aufgabe der Politik. Die Freiheit zu verwirklichen, ist Sache aller und eines jeden.  
24 Freiheit muss jeden Tag aufs Neue verteidigt werden.

25

26 (3) Wir Thüringer Liberale treten ein für eine Politik, in der unterschiedliche Weltanschauungen ein  
27 gleichberechtigtes Neben- und Miteinander führen können. Den freien Wettbewerb der Vielfalt  
28 von Weltanschauungen, Meinungen und Perspektiven verstehen wir als Chance, im Ausgleich  
29 der Interessen Einzelner optimale Ergebnisse für die Gemeinschaft zu finden, in der die  
30 persönlichen Freiheiten größtmöglich erhalten bleiben. **Wir Thüringer Liberale sind**  
31 **entschiedene Gegner einer ideologisierten Politik, die den Menschen das Denkdiktat ihrer**  
32 **jeweiligen weltanschaulichen Auffassung aufdrückt.** Ideologie ist in modernen Zeiten selten  
33 eine geschlossen formulierte Einheit und wird ebenso selten quasi in einem Manifest der  
34 Öffentlichkeit präsentiert. Vielmehr werden Fragmente an Grundanschauungen geliefert, die die  
35 Emotionen und Gefühle der Menschen anregen und nicht ihren Verstand und ihre Urteilskraft.  
36 Politik des schlechten Gewissens, des erhobenen Zeigefingers, der Opfer-Täter-Kennung und  
37 des Pädagogisierens erfreut sich breiter Beliebtheit bei zahlreichen politischen Richtungen.  
38 Liberale Politik hingegen will eine Politik des Vertrauens in die Kraft der Menschen und nicht eine  
39 Politik des Apells an den Neid und das Einreden eines schlechten Gewissens.

40

41 (4) Wir Thüringer Liberale treten ein für klare und transparente Ziele, an denen politisches Handeln  
42 nachvollziehbar zu messen ist. Wir stellen uns dem freien Wettbewerb der Ideen und Inhalte und  
43 bieten dem Individuum klare Identifikationsmöglichkeiten und Entscheidungsgrundlagen. Damit

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 3 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 stehen wir einer Politik **der kalkulierten Beliebigkeit** und gewollten inhaltlichen Konturlosigkeit  
2 entgegen. Fehlende Klarheit bei politischen Zielen ist allerdings vermehrt eine politische  
3 Strategie, um politische Botschaften zu verunklaren, Standpunkte bewusst undeutlich zu halten  
4 und klare Aussagen zu konkreten Vorhaben zu vermeiden. Gegen diese Politik der  
5 Intransparenz, Irreführung und des Missbrauchs stellen sich die Liberalen ganz entschieden.  
6 Wenn Demokratie zum Wettbewerb um den Machterhalt verfällt und der Wettbewerb der Ideen  
7 und Inhalte nicht mehr zählt, stellen wir uns dieser Entwicklung entgegen.

8

9 (5) **Demokratie lebt von der inhaltlichen Auseinandersetzung** – auch innerhalb der eigenen  
10 Partei. Neue Lebenssachverhalte brauchen neue Bewertungen und politische Lösungen. Liberale  
11 fördern die innerparteiliche Diskussion und sehen inhaltliche Debatten als Ausdruck von Vielfalt  
12 und Freiheit. **Die demokratische Entscheidung ist das Ergebnis des Ausgleichs zahlreicher**  
13 **und vielseitiger Interessen sowie individueller Ansprüche.** Konkrete politische  
14 Entscheidungen sind so jederzeit demokratisch legitimiert. Der Staat als Sachwalter  
15 gemeinsamer Interessen hat die Aufgabe, durch Normsetzung und Definition von Regeln den  
16 Rahmen zu setzen, in dem sich Freiheit und Wettbewerb entfalten und entwickeln können. Dazu  
17 ist es unabdingbar, dass er **Meinungsvielfalt verteidigt, Minderheiten schützt und**  
18 **Rechtssicherheit gewährleistet.**

19

20 (6) Die starke und sich beschleunigende Globalisierung ist verbunden mit einer steigenden  
21 Komplexität in allen Bereichen des Zusammenlebens. Insbesondere die modernen  
22 Kommunikationsmöglichkeiten und die damit zur Verfügung stehende Menge an Informationen  
23 stellen den Einzelnen vor immer komplexere Herausforderungen, die ein permanentes Lernen  
24 und sich Weiterentwickeln erfordern. **Bildung, Wissenschaft und Kultur** bilden für uns  
25 Thüringer Liberale das **Fundament einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft.**

26

27 (7) **Für uns sind der Staat und die staatlichen Organisationen in besonderer Weise**  
28 **missbrauchsanfällig.** Deshalb ist es unabdingbar, dass der Rechtsstaat die Freiheit des  
29 Einzelnen schützt, die allerdings untrennbar mit Pflichten verbunden ist. Diese Aufgabe kann der  
30 Staat nur erfüllen, wenn er demokratisch verfasst ist: **Nur so ist die Kontrolle der**  
31 **Staatstätigkeit durch die freie Gesellschaft gewährleistet und nur so kann sich das**  
32 **Potenzial der freien Gesellschaft entfalten.**

33

34 (8) Die moderne Gesellschaft läuft Gefahr, sich zu einer **Alimentationsgesellschaft** zu entwickeln,  
35 in der zunehmend mittelbar und unmittelbar Umverteilungen zwischen den einzelnen Gruppen  
36 der Gesellschaft stattfinden. Wir Thüringer Liberale setzen uns ein für eine gerechte  
37 Umverteilungspolitik, in der auch die Interessen der Leistungsträger in unserer Gesellschaft  
38 nachhaltig berücksichtigt und geschützt werden. Erst die Leistungsbereitschaft und  
39 Leistungsfähigkeit dieser Bevölkerungsgruppe schafft die Voraussetzungen einer Umverteilung  
40 zwischen einzelnen Gesellschaftsgruppen. Die Erwartungshaltung auf Unterstützung, öffentliche  
41 Finanzierung und Umverteilung wächst, je stärker die Gruppe der Transferempfänger – die  
42 ausdrücklich nicht ausschließlich Sozialleistungsempfänger umfasst, sondern sämtliche  
43 Begünstigte von öffentlichen Geldern – gegenüber der Gruppe der Transferzahlenden wächst.

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 4 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Folge ist eine Enteignung von unten. **Die FDP stellt sich vehement gegen diese**  
2 **Gängelung der Leistenden.**

3

4 (9) Überzogene Gleichmacherei geht zudem oftmals damit zusammen, Leistungsbereitschaft zu  
5 diskreditieren, zu verleumden und durch konkrete Politik unattraktiv zu machen. Sogenannte  
6 Gerechtigkeitspolitik begünstigt und belastet einseitig. Sie hat massive Ungerechtigkeit zur Folge.  
7 **Eine Politik, die Leistung bremst, wird noch nicht einmal Ergebnisse des Mittelmaßes**  
8 **erhalten.** Überzogenes Gerechtigkeitsdenken diskreditiert und behindert die individuelle  
9 Leistungsbereitschaft.

10

11 (10)„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ lautete der Forderungsdreiklang der bürgerlichen Revolution  
12 gegen die absolutistische Willkürherrschaft im 18. Jahrhundert. Die deutsche Einheits- und  
13 Freiheitsbewegung hat diesen Akkord im 19. Jahrhundert fortgeschrieben. Sie hat den langen  
14 **Weg von der Privilegiengesellschaft zum modernen Verfassungsstaat mit individuellen**  
15 **Rechten und zur Marktwirtschaft mit ihrer sozialen Verpflichtung** begonnen. Die Thüringer  
16 Liberalen wehren sich gegen jeden populistischen Missbrauch des Begriffes „Gleichheit“. Der  
17 Mensch ist vor dem Recht gleich. Dies unterscheidet sich gravierend zum Missbrauch des  
18 Begriffes bis hin zur staatlichen Gleichmacherei der Menschen. Gleichheit bedeutet  
19 Ungerechtigkeit. In Thüringen wurde durch zwei Diktaturen die schmerzliche Erfahrung gemacht,  
20 wie entmündigend, lähmend und antiaufklärerisch staatlich verordnete Gleichheit sein kann. Wir  
21 Thüringer Liberale entscheiden uns für die Freiheit. **Größtmögliche Freiheit und**  
22 **größtmögliche Gleichheit der Menschen schließen sich aus.**

23

24 (11)**Je mehr Menschen durch eigene Leistung ihr Leben gestalten, desto fairer und sozialer ist**  
25 **die Gesellschaft.** Eine Politik der guten Ergebnisse ist besser für die Menschen als eine Politik  
26 der wohlmeinenden Absichten. Manche Menschen haben Angst vor Wettbewerb, weil sie  
27 darunter ungehinderte ökonomische und politische Macht verstehen. Wettbewerb bedeutet  
28 jedoch nicht das Recht des Stärkeren und auch nicht die Generallösung für alle Probleme. Viele  
29 wollen Wettbewerb verbieten, oft schleichend, auf verschlungenen Wegen, nicht offensichtlich.  
30 **Wettbewerb ist dabei das entscheidende Element, eine komplexe Gesellschaft lebens-,**  
31 **reaktions- und handlungsfähig zu halten.** Wettbewerb muss jedoch mit klaren Regeln fair  
32 gestaltet und in seiner Wirksamkeit gestärkt werden, um Chancengerechtigkeit zu gewähren und  
33 zur eigenen Leistung zu motivieren. **Wir treten einer Entwicklung entgegen, die die Menschen**  
34 **dazu einlädt, sich zu sehr auf einen fürsorglichen Staat zu verlassen.**

35

36 (12)**Für die Liberalen ist grenzenlose individuelle Freiheit ebenso ein Feind fortgeschrittener**  
37 **Gesellschaften, wie der überzogene Glaube an den Staat.** Die Freiheit des Einzelnen darf die  
38 Freiheit der Anderen nicht gefährden. Die Übergabe von Verantwortung gesellschaftlicher Fragen  
39 an den Staat ist für Liberale die Ausnahme. Das ist eine grundlegende Unterscheidung zu  
40 anderen politischen Richtungen.

41

42



**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 5 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **II. Die Liberalen in Thüringen**

2

3 (13)Die Liberalen in Mitteldeutschland fühlen sich gerade **in Thüringen ihrer besonderen**  
4 **Geschichte verpflichtet.** Diese unterscheidet uns deutlich von anderen Regionen. Die  
5 Vergangenheit ist für uns prägende Leitlinie und wegweisende Verantwortung. Wir Liberale  
6 schauen auf unsere Geschichte, um Erfolge zu wiederholen und aus der Vergangenheit zu  
7 lernen. Der Blick auf historische Erfahrungen und Traditionen ist notwendige Voraussetzung für  
8 unsere Zukunft und das Bestehen von neuen Herausforderungen. Die Thüringer Liberalen sind  
9 stolz auf ihre langjährige Tradition und Erfahrung und nehmen ihr bereits frühzeitig  
10 fortschrittliches, im Verlauf schwieriges und differenziertes Erbe an.

11

12 (14)**Der mitteldeutsche Raum und damit auch Thüringen gehört historisch unter den**  
13 **deutschen Ländern zu den fortschrittlichen und progressiven Regionen. Hier nahm die**  
14 **Reformation ihren Ausgangspunkt.** Weimar gehörte in der Aufklärung und insbesondere in der  
15 Zeit des Sturm und Drang zu den innovativsten Regionen eines neuen gesellschaftlichen  
16 Selbstverständnisses. Auch die deutsche Freiheits- und Einheitsbewegung ging nach den  
17 Napoleonischen Kriegen zu einem großen Teil von Thüringen aus. Die Farben Schwarz-Rot-Gold  
18 wurden erstmals durch Studenten in Jena geschwungen. Dies lag auch daran, dass die  
19 Thüringischen Kleinstaaten auf ihren Territorien in der Regel mehr Freiheitsrechte zugelassen  
20 hatten als andere deutsche Länder.

21

22 (15)**Thüringen ist ein Stammland der liberalen Weltanschauung.** Es waren die vergleichsweise  
23 fortschrittlichen Thüringer Kleinstaaten, in denen Wissenschaftler, Philosophen, besonders aber  
24 Literaten und Musiker die Frage nach den Grenzen des Absolutismus stellten und aufklärerisch  
25 über Rechte und Pflichten von Bürgern und Fürsten nachdachten. Unsere Region leistete einen  
26 großen Beitrag, das Feudalzeitalter hin zur Moderne zu überwinden. **Dieses Vermächtnis sehen**  
27 **wir auch heute als Verantwortung für die Zukunft an.**

28

29 (16)Gerade Thüringen steht in mehrfacher Hinsicht in einem besonderen Verhältnis zum  
30 Liberalismus. Seine jüngere Geschichte ist geprägt von mehrheitlich illiberalen Erfahrungen.  
31 Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges folgte eine Epoche, welche die deutliche Handschrift  
32 liberaler Politiker trägt. In der Zeit der Weimarer Republik setzten große liberale Politiker wie  
33 Friedrich Naumann und Gustav Stresemann bemerkenswerte Akzente. Trotz dieses liberalen und  
34 demokratischen Aufbruchs nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Thüringen die erste  
35 Nationalsozialistische Landesregierung in Deutschland gewählt und führte zur ersten deutschen  
36 Diktatur sowie in die nächste Katastrophe, den Zweiten Weltkrieg. Nach einem kurzen und  
37 heftigen Aufflammen liberaler Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im mitteldeutschen  
38 Raum endete diese Zeit mit der Errichtung der zweiten deutschen Diktatur in Form einer  
39 Gewaltherrschaft der SED. Beide Diktaturen unterbanden mit allen Mitteln die eigenbestimmte  
40 Verantwortung und ersetzten diese zugunsten ihrer Machterhaltung sowie dem Erreichen  
41 ideologischer Fernziele.

42

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 6 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 (17)Für die Prägung der Thüringer FDP spielen die Ereignisse zwischen 1945 und 1955 eine große  
2 Rolle. **Die Thüringer LDP war nach dem Krieg das größte politische Gegengewicht zur**  
3 **SED.** In zahlreichen Kommunen stellten die Liberalen die Mehrheit und den Bürgermeister, im  
4 Landtag von 1946 wurde sie zweitstärkste Kraft. Aufgrund ihrer Stärke und ihrer politischen Ziele  
5 übten sowjetische Besatzung und SED erheblichen Druck auf die LDP und Liberaldemokraten  
6 aus, bis hin zu Todesurteilen. Zur Identität der Thüringer FDP gehört aber auch das Wissen um  
7 die aus den SED-Verbrechen erfolgte Gleichschaltung, die Eingliederung in das  
8 Blockparteiensystem und die letztliche Anpassung an das autoritäre DDR-System. Aber auch die  
9 „stillen Mitglieder“, die sich der SED-Mitgliedschaft entzogen, ohne politische Verantwortung in  
10 der DDR-LDP zu übernehmen, sowie die vielen Mitglieder, die sich erst mit Ende der DDR zur  
11 liberalen Partei bekannt haben, prägen die Identität der Thüringer FDP. Wir haben mit der Wende  
12 und den Zusammenschlüssen der liberalen Parteien 1990 einen sehr deutlichen personellen  
13 Bruch durchgeführt, der über die Jahre anhielt. Unverkennbar haben viele Liberale die Wende  
14 politisch geprägt und Verantwortung übernommen. Die Thüringer FDP ist aufgrund der frühen  
15 DDP-/LDP-Gründungen im Jahr 1945 einer der ältesten FDP-Landesverbände. 1990 schlossen  
16 sich die liberalen Parteien in Thüringen als erster ostdeutscher Verband zu einem FDP-  
17 Landesverband zusammen.
- 18
- 19 (18)**Thüringen ist maßgeblicher Teil des ‚Landes der Dichter und Denker‘.** Thüringen war bis  
20 zum Zweiten Weltkrieg im wahren Wortsinn Wissenschaftsschmiede in Deutschland. Dieses  
21 große Erbe bedeutet eine immense Herausforderung und damit insbesondere eine große  
22 Chance. Der Erfolg von Investitionen in Kultur, Kunst, Bildung, Wissenschaft und Forschung lässt  
23 sich nicht in Quartals- oder Jahresberichten herausstellen, sondern dauert Jahrzehnte und  
24 Generationen, trägt aber reiche Früchte.
- 25
- 26 (19)Meinungsvielfalt stellt an die Beteiligten hohe Anforderungen. Gerade Thüringen steht für eine  
27 Entwicklung in Deutschland, wo die Pluralität der Meinungen als Grundlage individueller Freiheit  
28 hart erkämpft wurde. Die zwei Diktaturen im letzten Jahrhundert sind Zeugnis für den abrupten  
29 Zusammenbruch kernliberaler Staatsvorstellungen. Gerade die Thüringer Liberalen warnen  
30 davor, wenn aus der „Diktatur der Proletariats“ ein Diktat des vorherrschenden Meinens und  
31 Empfindens entsteht.
- 32
- 33 (20)Wir Thüringer Liberale setzen uns ein für einen Staat, der im Rahmen größtmöglicher Freiheit  
34 Regeln und Normen setzt, **die die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit des**  
35 **Einzelnen fördern und stärken.** Der liberale Staat bevormundet oder lenkt seine Bürger nicht,  
36 sondern garantiert Freiheit und Sicherheit. So entsteht eine kraftvolle und soziale Verbindung der  
37 Individuen, die freiheitliche Kreativität stärkt und gleichzeitig Sorge für einen sozialen Ausgleich  
38 und das Auffangen Schwächerer trägt.

39

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 7 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1     **III.     Leitlinien liberaler Politik in Thüringen**

2

3     **Der liberale Staat ermöglicht Freiheit**

4

5     (21)Wir Thüringer Liberale stehen für einen sich selbst beschränkenden Staat. Im Sinne  
6     größtmöglicher Freiheit müssen seine Aufgaben fortlaufend überprüft werden. **Eine Politik, die**  
7     **sich selbst zurückhält und auf die Kernaufgaben konzentriert, lässt den Bürgern Freiheit**  
8     **zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Zukunft.** Wir konzentrieren uns in unserem  
9     Grundsatzprogramm auf die Leitlinien liberaler Politik in Thüringen.

10

11     (22)Aufgabe des Staates muss es sein, die Grundrechte zu garantieren, Chancengerechtigkeit zu  
12     gewährleisten und wohlgesetzte Daseinsfürsorge zu betreiben. Aus dem freiheitssichernden  
13     Staat ist in vielen Fällen jedoch ein bevormundender, gegenüber seiner Bevölkerung  
14     misstrauischer und teurer, ja gefräßiger Staat geworden. **Ein Staat, der sich durch eine Flut an**  
15     **Aufgaben, Regelungen und Zuständigkeiten verzettelt, kann seine Kernaufgaben nicht**  
16     **mehr erfüllen und verarmt. Der überforderte Staat ist ein schwacher Staat.** Ein Staat, der  
17     durch ein Dickicht an Aufgaben seine Handlungsfähigkeit verliert, gibt ein Stück weit seine  
18     Legitimation auf. Obrigkeitsgläubige Politik entmündigt die Bürger. Das ist sehr gefährlich. Der  
19     Staat hat aus Sicht der Liberalen nicht die Aufgabe, persönliche Interessen zu befördern. **Der**  
20     **liberale Staat soll einen ausgeglichen Rahmen für das Miteinander der Menschen setzen.**  
21     Allein dies ist in der täglichen Praxis Aufgabe und Herausforderung genug.

22

23     (23)**Aus dem Grundsatz größtmöglicher Freiheit und Verantwortung des Einzelnen erwächst**  
24     **einer der wichtigsten liberalen Grundsätze: Was vor Ort zu leisten und zu regeln ist, soll**  
25     **und muss dort geregelt werden. Deshalb ist für die Thüringer Liberalen auch die**  
26     **weitgehende Autonomie der kommunalen Ebene ein wichtiger Kernbereich des**  
27     **gesellschaftlichen Zusammenlebens.** Für die Thüringer Liberalen sind die Kommunen vor  
28     allem Heimat ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie Basis der demokratischen Kultur.

29

30     (24)Starke Kommunen sind das Ergebnis der aktiven Mitbestimmung selbstbewusster Bürger und  
31     eigenständiger Verwaltung. **Die Thüringer Liberalen stehen für schlanke, effiziente und**  
32     **bürgernahe Kommunalverwaltungen als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger.**  
33     Dabei setzt die Thüringer FDP auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung. Wir setzen auf die  
34     interkommunale Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften im Interesse der jeweils  
35     Betroffenen.

36

37

38

39

40

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 8 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Freiheit durch Übernahme von Verantwortung**

2

3 (25) **Wir Thüringer Liberale wollen Bürger, die sich für die Gesellschaft engagieren. Wir wollen**  
4 **ihnen dafür die Freiheiten und Gestaltungsspielräume durch möglichst geringe Abgaben**  
5 **schaffen.**

6

7 (26) Die freiheitliche Gesellschaft braucht Sicherheit. **Innere Sicherheit** ist wie die **Rechtssicherheit**  
8 eine **Kernaufgabe des Staates**. Es obliegt dem Staat, objektive Sicherheit zu bieten und die  
9 grundrechtlich garantierten Rechtsgüter zu schützen. Sicherheit durch Schutz dieser Rechtsgüter  
10 heißt, Risiken für diese Rechtsgüter unter Wahrung größtmöglicher Freiheit tatsächlich zu  
11 verringern. Wer die Freiheit der Sicherheit opfert, wird am Ende beides verlieren. Die Bedrohung  
12 für die grundrechtlich garantierten Rechtsgüter geht heute nicht mehr nur vom Staat selbst aus.  
13 Auch wirtschaftliche Monopolstellungen und ungehemmter Datenhunger bedrohen die  
14 grundrechtlich garantierten Rechtsgüter.

15

16 (27) Die Thüringer Liberalen **stehen für den liberalen, freiheitlichen und demokratischen**  
17 **Rechtsstaat**, in dem die Bürgerinnen und Bürger sich frei politisch entfalten können. Hierbei  
18 erfordert das freie Spiel politischen Handelns viel Toleranz gegenüber freier politischer  
19 Betätigung. Dies allerdings ist genauso Wesen und Zweck der freiheitlich-demokratischen  
20 Grundordnung, wie die Grenzen des politischen Miteinanders zu verteidigen sind. Wer aktiv und  
21 kämpferisch den gemeinsamen Grundkonsens, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, zu  
22 bekämpfen sucht, wird auf den entschiedenen Widerstand der Liberalen treffen.

23

24 (28) Die gesellschaftliche Grundordnung muss gegenüber politischen Mehrheiten und Meinungen  
25 unabhängig von Rang und Richtung der politischen Impulse, ihre weitreichende Toleranz aber  
26 auch Wehrhaftigkeit verteidigen. Gegen die Gegner der freiheitlich-demokratischen  
27 Grundordnung muss die Demokratie aufgeklärt und wachsam sein.

28

29 (29) **Die Thüringer Liberalen mahnen zur Gemeinsamkeit aller Demokraten gegen alle Feinde**  
30 **der Demokratie, d.h. gegen Extremisten aller Art.** Zur wehrhaften Demokratie gehört auch  
31 Wachsamkeit und Objektivität.

32

33 (30) Rechtsstaat bedeutet für Liberale zwingend die Herstellung von Rechtssicherheit. Zur  
34 Rechtssicherheit gehört auch die zeitnahe Rechtsprechung. Wer lange auf Gerichtsprozesse  
35 oder -entscheidungen wartet, verliert das Vertrauen in den Rechtsstaat und es unterminiert die  
36 Rechtssicherheit der Betroffenen.

37

38

39

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 9 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Familie und liberale Politik**

2

3 (31)**Die Thüringer Liberalen stehen für eine moderne Familienpolitik, die sich dem**  
4 **gesellschaftlichen Wandel nicht verschließt.** Liberale Familienpolitik berücksichtigt daher die  
5 wachsende Zahl von Familienmodellen. **Familie ist dort, wo Kinder sind und Menschen**  
6 **füreinander Verantwortung übernehmen.** Die größte Herausforderung der Familienpolitik in  
7 Thüringen bleibt auch künftig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu verbessern.  
8 Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels müssen daher Familien gesellschaftliche Strukturen  
9 vorfinden, in denen sowohl die Kindererziehung als auch die Selbstverwirklichung des Einzelnen  
10 im Beruf möglich wird. Daher ist es vordringlichstes Ziel liberaler Familienpolitik, eine hohe  
11 Erwerbsquote von Eltern durch den zeitlich flexiblen und flächendeckenden Ausbau einer  
12 bedarfsgerechten Infrastruktur zur Kinderbetreuung und pädagogisch gut ausgestaltete Angebote  
13 an Tagespflege und Ganztageskindergärten zu ermöglichen. Wir Thüringer Liberale sehen in  
14 **Kindern die Zukunft und Potenziale unserer Gesellschaft.**

15

16 (32)**Grundlegend für liberale Familienpolitik bleibt das Subsidiaritätsprinzip.** Freiheit zur  
17 Verantwortung heißt in der Familienpolitik aber auch, dass es eine gesellschaftliche  
18 Verantwortung gibt, den verantwortlichen Umgang mit Kindern sicherzustellen. Stärkung und  
19 Förderung der Fähigkeit, Eigenverantwortung wahrnehmen zu können und zu wollen, sind die  
20 gesellschaftlichen Aufgaben. Dazu gehört auch, dass wir nicht nur mit Blick auf demografische  
21 Herausforderungen Migration fördern. Thüringen war in seiner Geschichte viele Ziel für  
22 Menschen, die sich eine neue Heimat suchten und aufbauten. Die Thüringer FDP sieht deshalb  
23 Integrationspolitik und Zuwanderung als Chance für eine gute Zukunft Thüringens an. Wir freuen  
24 uns über alle, die in Thüringen ihre Heimat finden, hier arbeiten und sich in das gesellschaftliche  
25 Leben integrieren.

26

27 (33)**Liberale Sozialpolitik ist Chancenpolitik.** Sie konzentriert sich sowohl auf die Absicherung  
28 existenzieller Risiken sowie der Lebenssituation sozial Schwacher, Gefährdeter oder  
29 Schutzbedürftiger. Sie zielt darauf ab, den Menschen, die Hilfe bedürfen, mit unterstützenden  
30 Maßnahmen soweit wie möglich Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Liberale setzen für die Menschen  
31 Anreize, eigenverantwortlich zu leben und sich aktiv von staatlicher Alimentierung zu befreien.  
32 Liberale Sozialpolitik bemisst Erfolg ausschließlich an der Wirkung für die Betroffenen und nicht  
33 an der Höhe der eingesetzten Steuermittel. Daher behält sie stets im Blick, dass Steuergelder  
34 verantwortungsvoll und zielgerichtet im Sinne der Betroffenen eingesetzt werden. Das  
35 **Subsidiaritätsprinzip** staatlichen Handelns wird so **auch in der Sozialpolitik** berücksichtigt.  
36 Nicht zuletzt müssen Leistungen der Gemeinschaft in angemessenem Umfang auch Leistungen  
37 des Einzelnen gegenüberstehen.

38

39

40

41

42

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 10 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Bildung ermöglicht Freiheit**

2

3 (34)**Freiheit braucht Bildung, Bildung braucht Freiheit.** Bildung ist ein lebenslanger Lernprozess,  
4 der Menschen befähigt, sich selbstbestimmt zu entfalten und mündige Mitglieder einer freien und  
5 vitalen Gesellschaft zu werden. Bildung sichert die Grundlage für unseren wirtschaftlichen und  
6 kulturellen Wohlstand und eröffnet Chancen persönlichen Wachstums und sozialen Aufstiegs.  
7 Zugleich ist sie, zusammen mit beruflicher Bildung, Forschung und Entwicklung, der wichtigste  
8 Faktor unserer Wirtschaft im globalen Wettbewerb. Der gesellschaftliche Wandel wird die  
9 entscheidende Bedeutung von Bildung für die Lebenschancen des Einzelnen zukünftig noch  
10 verstärken. **Für uns Thüringer Liberale ist Bildung ein Bürgerrecht und die entscheidende**  
11 **Zukunftsressource unseres Landes.**

12

13 (35)Die Bedeutung von Wissen und Forschung für den Wohlstand unserer Gesellschaft wächst. **Die**  
14 **lernende Gesellschaft benötigt Experimentierfreude, Innovationen und lebenslange**  
15 **Weiterbildung.** Wir brauchen weitestgehende Durchlässigkeit im Bildungssystem und starke, gut  
16 ausgestatte und eigenverantwortliche Bildungsinstitutionen auf allen Ebenen. Der hohe  
17 Stellenwert der Bildung muss sich auch in einer hohen gesellschaftlichen Wertschätzung für  
18 Lehrende und Lernende an Kindertagesstätten, Schulen, in der beruflichen Bildung und an  
19 Hochschulen ausdrücken.

20

21 (36) Liberale Bildungspolitik richtet sich pragmatisch am einzelnen Menschen aus. **Wir arbeiten für**  
22 **faire Bildungschancen und ein im Alltag leistungsfähiges Bildungssystem.** Die individuelle  
23 Förderung von allen Kindern ist das Leitmotiv liberaler Bildungspolitik. Mit Blick auf die  
24 individuellen Bedürfnisse und Talente muss der Lernende zum Mittelpunkt aller Überlegungen  
25 gemacht werden. Dabei müssen Talente wesentlich früher identifiziert und individuell gefördert  
26 werden. Gelingende Bildung ist eine Frage guter fachlicher und pädagogischer Qualifikation der  
27 Lehrenden, des Engagements der Lernenden und Eltern sowie der Freiheit der Schule, Wege  
28 und Methoden eigenverantwortlich zu wählen. Die Ausbildung von Lehrenden muss den ständig  
29 wachsenden Anforderungen angepasst werden. Das ist eine Aufgabe der Hochschulen und der  
30 anderen Bildungseinrichtungen. Auch die Weiterbildung der Lehrenden muss verbessert werden.  
31 **Wir wollen, dass sich Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern**  
32 **entwickeln.**

33

34 (37) Unser Grundgesetz legt die Kultushoheit in die Hände der Länder. Dies bedeutet jedoch nicht,  
35 dass sich Bildungspolitik zersplittert und unkoordiniert vollziehen muss. Um die Vorteile unseres  
36 föderalen Systems nutzen zu können und einen fairen Wettbewerb in Gang zu setzen, müssen  
37 im Interesse der Chancengerechtigkeit vergleichbare Grundbedingungen herrschen. Nur so  
38 lassen sich bundesweit die bestmöglichen Grundlagen für Bildung sicherstellen. **Unser Ziel ist**  
39 **es, Schranken für die Investition in die Zukunftsressource Bildung abzubauen.**

40

41

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 11 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Früh bilden**

2

3 (38) Bildung beginnt bereits lange vor dem Schuleintritt. In keiner Lebensphase sind Menschen so  
4 lernfähig wie in der frühen Kindheit. **Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für**  
5 **soziale Integration und Chancengerechtigkeit von Beginn an.** Frühkindliche Bildung in  
6 Familien und in Bildungseinrichtungen dient den Startchancen eines jeden Kindes und dessen  
7 Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft. **Wir wollen einen echten Wettbewerb zwischen den**  
8 **verschiedenen Angeboten der frühkindlichen Bildung.** Auch alternative Angebote wie  
9 Tagesmütter, sind – bei gegebener pädagogischer Qualität – möglich.

10

11 (39) Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen, Begabungen und  
12 Beeinträchtigungen der Kinder stellt Erzieherinnen und Erzieher täglich vor große  
13 Herausforderungen. Zugleich sind die Anforderungen an die Managementfähigkeiten der Kita-  
14 Leitungen gestiegen. Auch die Ansprüche von Eltern und Gesellschaft wachsen. Heute werden  
15 von den Erzieherinnen und Erziehern nicht nur eine verlässliche Betreuung, sondern auch eine  
16 **individuelle Förderung des Kindes sowie eine Wertevermittlung** in der Gemeinschaft der  
17 Jüngsten miteinander erwartet. Dies muss auch bei der Ausbildung von Erzieherinnen und  
18 Erziehern deutlicher berücksichtigt werden. Eine enge Kooperation von Kindertagesbetreuung  
19 und Grundschulen ist notwendig, um den Übergang in die Schule für die Kinder erfolgreich zu  
20 gestalten.

21

22 **Für das Leben schulen**

23

24 (40) **Wir wollen Freiheit für unsere Schulen.** Kreativität und Dynamik können sich nur durch  
25 weitgehend eigenverantwortliche Schulen entfalten. Diese sind in der Lage,  
26 verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen an  
27 den einzelnen Schulen gerecht werden. In diesem Zusammenhang streben wir eine erweiterte  
28 Verantwortung der Schulen an. Die Trennung der Zuständigkeit für das pädagogische Personal  
29 auf der einen und für das sonstige Personal und die Sachmittel auf der anderen Seite, also die  
30 inneren und äußeren Schulangelegenheiten, muss aufgehoben werden. Den Schulen ist die volle  
31 Personalverantwortung zu übertragen. Schulleiter sollen Dienstvorgesetzte sein. Die Schulen  
32 entscheiden in Freiheit über Neueinstellungen. Das Land stellt eine ausreichende finanzielle  
33 Ausstattung sicher.

34

35 (41) **Wir setzen uns ein für die Entscheidungsfreiheit der Eltern.** Wir sind überzeugt, dass Eltern  
36 am besten wissen, was gut für ihre Kinder ist und wollen und können sie nicht aus ihrer  
37 Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder entlassen. Deshalb ist es das Recht der Eltern, die  
38 beste Schule für ihre Kinder zu wählen. Unterschiedliche Schultypen in freier und staatlicher  
39 Trägerschaft existieren gleichberechtigt nebeneinander. **Damit richtige Wahlfreiheit entsteht,**  
40 **darf es aber keine Diskriminierung einzelner Schultypen – ganz gleich ob in staatlicher**  
41 **oder privater Trägerschaft – geben.** Wir begrüßen ausdrücklich **den Wettbewerb um die**

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 12 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1           **besten Ideen**, wie Wissen effektiv vermittelt werden kann, um so die Menschen zu einem Leben  
2           in Freiheit und Verantwortung zu befähigen.

3

4           **(42)Schule muss frei sein von politischer Ausrichtung.** In einem vernünftigen wettbewerblichen  
5           Rahmen soll es der eigenverantwortlichen Schule überlassen sein, wie sie sich entwickelt.  
6           Lediglich die Bildungsziele werden nach dieser Idee als gesellschaftliche Erwartungshaltung  
7           durch die Politik vorgegeben. Wir brauchen eine Schule, die unsere Kinder befähigt,  
8           eigenverantwortlich ihr Leben zu gestalten.

9

10          **(43)Bildung umfasst für die Thüringer Liberalen den ganzen Menschen.** Das  
11          Bildungsverständnis der Liberalen geht deshalb über die Vermittlung von Kenntnissen und  
12          Fertigkeiten hinaus. **Vor allem soll Bildung zur Orientierung in einer immer komplexeren**  
13          **Welt beitragen und so den Bürger zu abgewogenen Urteilen befähigen.** Darüber hinaus soll  
14          sie die Entfaltung aller Fähigkeiten – der kognitiven, der musischen, künstlerischen und  
15          körperlichen – befördern. Dadurch wird das Bewusstsein für die Freiheit des Individuums und  
16          damit zugleich für die Verantwortung, die der Einzelne für seine autonomen Handlungen  
17          gegenüber seinen Mitmenschen und der Umwelt trägt, gestärkt.

18

19          **(44)Die berufliche Bildung ist ein zentrales Element der Innovationsfähigkeit Thüringens.** Eine  
20          qualitativ gute Ausbildung ist Grundvoraussetzung für ein dauerhaft erfülltes und befriedigendes  
21          Arbeitsleben. Das duale System hat sich in Deutschland seit Jahrzehnten und in Thüringen nach  
22          der Deutschen Einheit bewährt. Eine der wichtigsten Stärken besteht in der Verankerung der  
23          beruflichen Ausbildung in den Betrieben. Hier sind eine ganzheitliche Betrachtung und ein enges  
24          Zusammenwirken von Schule und Betrieben notwendig. Förderangebote für Schulabgänger im  
25          Übergang in eine berufliche Ausbildung müssen in enger Abstimmung mit dem  
26          Berufsausbildungssystem erfolgen. Ziel dieser Fördermaßnahmen muss der Beginn einer  
27          beruflichen Ausbildung sein. Die berufliche Weiterbildung als lebensbegleitendes Lernen ist eine  
28          starke Säule des Bildungssystems.

29

30          **(45)Wir wollen größtmögliche Freiheit für die Thüringer Hochschulen.** Diese leisten mit  
31          herausragenden Ergebnissen einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftssicherung. Sie bilden die  
32          Wissenschaftlergeneration von morgen aus. Die Hochschulen befinden sich in einem harten  
33          nationalen und internationalen Wettbewerb. Die **Stärkung der Leistungsfähigkeit unserer**  
34          **Universitäten und Hochschulen** ist deshalb eine dringende politische Aufgabe. Wir werden aus  
35          diesem Grund unsere Hochschulen mit einer angemessenen finanziellen Ausstattung versehen,  
36          die unabhängig von zeitweiligen parlamentarischen Mehrheiten festgelegt wird. **Wir stehen für**  
37          **die Selbstverantwortung der Hochschulen auch in finanziellen Belangen. Über Beiträge**  
38          **von Studierenden an der Finanzierung ihrer Hochschulausbildung sollen ausdrücklich**  
39          **Hochschulen und Universitäten selbst entscheiden.** Beiträge von Studenten an öffentlichen  
40          Hochschulen dürfen jedoch ausschließlich zur Verbesserung der Lehre und der  
41          Studienbedingungen eingesetzt werden.

42



**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 13 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1     **(46)Wir Thüringer Liberale stehen für die Freiheit der Wissenschaft** auch bezüglich staatlicher  
2     Auftragsforschung. Wissenschaft und Forschung sind frei, arbeiten ungebunden von staatlichen  
3     Zielvorstellungen und definieren im wissenschaftlichen Diskurs eigene Forschungsziele. **Politik**  
4     **muss sich aus Wissenschaft und Forschung heraushalten.** Gerade staatlicher  
5     Auftragsforschung stehen wir grundsätzlich distanziert entgegen. Forschungsinteressen muss die  
6     Wissenschaft definieren, Forschungsziele sollen in erster Linie nicht durch den Staat vorgegeben  
7     werden, sondern durch die Wissenschaft aus Erkenntnisinteresse definiert werden. Wir  
8     unterscheiden nicht zwischen gewünschter und nicht gewünschter Forschung, sondern denken  
9     die Zukunft offen und ideologiefrei. Wir bekennen uns zur Ideenfreiheit und zum Wettbewerb um  
10    die besten Lösungen.

11

12    **(47)Wir Thüringer Liberalen wissen, dass unsere Zukunft in einer wissensbasierten Volkswirtschaft**  
13    und dem geistigen Potenzial unserer Menschen liegt. Für eine innovative Wirtschaft sind  
14    Forschung und Entwicklung unerlässlich. **Die Verbindung von Wirtschaft und Forschung wird**  
15    **der ausschlaggebende Faktor in dieser Entwicklung sein.** Die Zukunft hängt davon ab, wie  
16    stark wir in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung sein werden und wie effizient und  
17    ertragreich wir diese Faktoren mit der Wirtschaft verbinden können. Es ist der Wille und die Kraft  
18    der Bürger zum Fortschritt, auf die wir vertrauen.

19

20    **Kultur ermöglicht Freiheit**

21

22    **(48)Thüringen ist ein Kernland der Kultur und Kunst. Sie sind die gesellschaftlichen**  
23    **Grundlagen für die Verständigung untereinander und die Quelle von Identität und**  
24    **Kreativität.** Sie spiegeln den Zustand einer Gesellschaft und treiben deren Entwicklung voran.  
25    Ohne Kunst und Kultur wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und  
26    unsere Wirtschaft nicht innovativ. Liberale Kulturpolitik verankert den Wert von Kultur für die  
27    Allgemeinheit wie für jeden Einzelnen im Bewusstsein und wirbt für die gesellschaftliche, soziale  
28    und wirtschaftliche Bedeutung von Kultur. Wir sind die Kulturpartei.

29

30    **(49)Kultur ist Lebensqualität. Sie schafft Identität und Identifikation und bindet dauerhaft**  
31    **grundlegende demokratische Wertevorstellungen.** Liberale Kulturpolitik sichert das Bemühen  
32    der Menschen in Thüringen, ihre örtliche Verwurzelung, ihre persönliche Geschichte und ihre  
33    persönlichen Bindungen im Alltag festzuhalten. Liberale Kulturpolitik heißt auch, die Integration  
34    und den Dialog der verschiedenen Kulturen in Thüringen möglich zu machen und zu fördern.  
35    Über Kultur werden Brücken zwischen Menschen gebaut und Gegensätze überwunden.

36

37    **(50)Wir Thüringer Liberale sind verlässliche Partner der Kultur, der Kulturinstitutionen und**  
38    insbesondere der Kulturvereinigungen, die in bürgerschaftlichem Engagement vor Ort aktiv Kultur  
39    vorantreiben. **Bevormundung und ideologische Beeinflussung der Kultur von staatlicher**  
40    **oder politischer Seite lehnen wir ab.** Nur in ihrer Freiheit können sich kulturelle Tradition und  
41    zeitgenössische Kunst frei entfalten – zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger des Freistaates.

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 14 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1

2 (51)In den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur hat der Staat den Rahmen für  
3 Eigenverantwortung und Wettbewerb zu setzen. Der Staat darf nicht Monopolist auf diesen  
4 Gebieten sein. Die Thüringer Liberalen stehen für einen Fortschritt durch öffentlich-rechtlichen  
5 und privat-rechtlichen Ausgleich. Liberale Kulturpolitik sieht Kulturschaffende in der Mitte der  
6 Gesellschaft, deren Aufgabe die Schaffung, Gestaltung und Fortentwicklung unserer Kultur ist.  
7 Kunstschaffende spielen eine wichtige Rolle für die Fortentwicklung unserer Gesellschaft. Es ist  
8 ihre gelebte Kreativität, die provoziert, hinterfragt oder Denkprozesse und Diskussion initiiert. Die  
9 **private Kultur- und Kreativwirtschaft gehört für uns Liberale zur Selbstverständlichkeit in**  
10 **modernen Gesellschaften.**

11

12 **Wirtschaftliche Kraft und solide Finanzen**

13

14 (52)Die soziale Marktwirtschaft hat in Deutschland und in Thüringen zu Wohlstand breiter  
15 Bevölkerungsgruppen und zu anhaltendem sozialen Frieden geführt. **Nur eine konsequent**  
16 **marktwirtschaftliche Politik kann die Dynamik entfachen, die Arbeitsplätze schafft und**  
17 **sichert. Wer Marktwirtschaft zulässt, öffnet die Tore für die Kraft der Freiheit.** Freie  
18 Wirtschaft bedeutet jedoch nicht Regellosigkeit. Deswegen setzt liberale Wirtschaftspolitik auf  
19 vernünftige Ordnungsregeln, die die Funktionsfähigkeit von Märkten sicherstellen. Eine staatliche  
20 Beteiligung am Marktgeschehen selbst lehnen wir Thüringer Liberale grundsätzlich ab. Wir wollen  
21 einen Staat, der stark genug ist, um der Versuchung zu widerstehen, sich in die Details des  
22 Wirtschaftsgeschehens einzumischen. Der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft setzt die  
23 Beachtung ethischer Maßstäbe und ethisches Marktverhalten aller Marktteilnehmer voraus.

24

25 (53)**Mittelstand stärken, Innovationen fördern, Fachkräfte gewinnen, Wachstum sichern - das**  
26 **sind die Ansprüche, an denen sich eine freiheitliche Wirtschaftspolitik messen lassen**  
27 **muss.** Es gehört zu den vordringlichsten Anliegen thüringengerechter liberaler Wirtschaftspolitik,  
28 die Rahmenbedingungen für Thüringer Unternehmen so zu gestalten und zu verbessern, dass  
29 sie ihr Entwicklungs- und Innovationspotenzial voll entfalten können. Es ist der Mittelstand, der  
30 den entscheidenden Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in  
31 Thüringen leistet. Mittelständische Unternehmen sind außerordentlich flexibel und innovativ. Der  
32 Mut und das Engagement der mittelständischen Unternehmen und ihrer qualifizierten Mitarbeiter  
33 waren die Triebfedern des bemerkenswerten Wiederaufbaus im Freistaat Thüringen. Eine liberale  
34 Mittelstandspolitik beseitigt Wettbewerbsnachteile für kleine und mittlere Unternehmen.

35

36 (54)**Ein fairer Leistungswettbewerb muss gesichert werden.** Wir sind gegen Missbrauch von  
37 Marktmacht, auch durch die öffentliche Hand. Kern der sozialen Marktwirtschaft ist der Schutz  
38 des Privateigentums und die Vertragsfreiheit. Sie ist das gesellschaftspolitische Gegenmodell  
39 zum Obrigkeits- und Interventionsstaat, zur Herrschaft der Bürokraten, zur  
40 Privilegiengesellschaft, zu Etatismus und umfassender Staatsfürsorge, kurz: zur Planwirtschaft.  
41 **Es ist nicht Aufgabe des Staates, über Marktchancen von bestimmten Produkten zu**  
42 **entscheiden. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Zukunftsbranchen zu definieren, diese mit**  
43 **dem goldenen Zügel zu lenken und so politisch in das Marktgeschehen einzugreifen.**

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 15 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41

(55)Die aus einer Wettbewerbssituation resultierende Konkurrenz von Ideen führt zu besten Lösungen - **Wettbewerb macht beweglich.**

(56)**Die sichere Versorgung mit preisgünstiger und umweltverträglicher Energie gehört zu den elementaren Lebensquellen einer Volkswirtschaft und aller Privathaushalte. Energie muss langfristig verlässlich unideologisch und bezahlbar zur Verfügung stehen.** Liberale Energiepolitik orientiert sich an den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Liberale Energiepolitik spricht sich gegen Monopole aus und für die Kraft des Wettbewerbs.

(57)Nach Auffassung der Thüringer Liberalen ist der Wald in Thüringen Wirtschaftswald. Er muss aber zugleich den Gemeinwohlinteressen der Bevölkerung als Erholungsraum sowie für den Klima-, Trinkwasser- und Naturschutz dienen. Die Thüringer Liberalen befürworten eine aktive Forstpolitik zur abgestimmten Umsetzung all dieser Ziele.

(58)Die Bürgerinnen und Bürger brauchen das Vertrauen in einen fairen und gerechten Staat. Steuern müssen als angemessener Beitrag an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben wahrgenommen werden. Sie dürfen nicht als ungerecht und unangemessen empfunden werden. Steuern und Abgaben sind für die Finanzierung staatlicher Aufgaben unerlässlich. Ihre Erhebung muss aber gerecht erfolgen. Gerechte Besteuerung ist ein wesentlicher Aspekt der Leistungsgerechtigkeit. Das ist Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Für beides stehen die Thüringer Liberalen. Wir wollen ein verständliches, gerechtes und faires Steuer- und Transfersystem erreichen, mit einer konsequenten Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und der Unterstützung bei Bedürftigkeit – bei gleichzeitiger Förderung von Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative. Für die Bürger muss das Steuerrecht einfach und verständlich sein. Ausnahmen müssen konsequent abgeschafft und alle Bürger entsprechend ihrer individuellen Leistungsfähigkeit gleichmäßig und gerecht besteuert werden. Die Unternehmen sollen ihre wirtschaftlichen Entscheidungen unbeeinflusst vom Steuerrecht treffen können. **Eine investitions- und leistungsfreundliche Steuerpolitik muss mit einer soliden Haushaltspolitik verbunden werden.**

(59)In der Internationalisierung und Stärkung der Thüringer Exportwirtschaft sehen wir eine der Hauptaufgaben der Thüringer Wirtschaftspolitik bzw. Wirtschaftsförderung, da steigende Exporte maßgeblich dazu beitragen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu sichern bzw. zu erhöhen. Für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung in den ostdeutschen Ländern sind die Anwerbung internationaler Investoren und die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Märkte von großer Bedeutung.

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 16 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Libérale Gesundheitspolitik**

2

3 (60)Im Mittelpunkt liberaler Gesundheitspolitik stehen das Wohl und die Gesundheit des Menschen.  
4 **Libérale Gesundheitspolitik heißt, Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung aller**  
5 **Akteure im Gesundheitswesen zu stärken.** Dies bedeutet, dass die freie Arztwahl, die freie  
6 Krankenhauswahl und die Therapiefreiheit aus liberaler Sicht auch zukünftig die zentralen  
7 Eckpfeiler eines modernen patientenorientierten Gesundheitssystems bilden müssen.

8

9 (61)Schon heute ist jedoch absehbar, dass die Bereitstellung optimaler medizinischer und  
10 pflegerischer Leistungen in Zeiten des demografischen Wandels vor enormen  
11 Herausforderungen steht. Eine älter werdende Gesellschaft und der medizinisch-technische  
12 Fortschritt führen zu Belastungen der medizinischen Angebots- und Versorgungsstrukturen und  
13 verursachen einen finanziellen Mehrbedarf. Durch die von den Thüringer Liberalen geforderte  
14 Veränderung der Finanzierungsgrundlagen wird die Finanzierung des sozialen und solidarischen  
15 Gesundheitssystems nachhaltig sichergestellt. Deshalb setzen sich die Thüringer Liberalen für  
16 eine Versicherungspflicht zur Absicherung gegen die Grundrisiken ein.

17

18 (62)Neben der Neuausrichtung der Finanzierungsgrundlagen des Gesundheitssystems stehen  
19 gerade Flächenländer wie Thüringen vor der Frage, wie die medizinische Versorgung vor Ort  
20 zukünftig erhalten werden kann. **Ziel der Thüringer Liberalen ist es, eine**  
21 **Versorgungslandschaft von ambulanten und stationären Akteuren zu schaffen, die**  
22 **belastbar die zukünftige medizinische Betreuung der Patienten auch in der Fläche**  
23 **garantiert.** Zentrale Elemente hierbei sind die Wiedergewinnung der Attraktivität des Arztberufes  
24 durch Entbürokratisierung, eine angemessene Vergütung und attraktive Arbeitsbedingungen.

25

26 **Umweltpolitik, Landwirtschaft**

27

28 (63)Umweltschutz und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen sind für die  
29 Thüringer Liberalen von herausragender Bedeutung. Dabei sind die Thüringer Liberalen der  
30 festen Überzeugung, dass Umweltschutz im gesellschaftlichen Konsens mit allen Mitgliedern der  
31 Gesellschaft zu erreichen ist. **Motivieren, informieren und diskutieren statt gängeln. Wir**  
32 **setzen auf das Informations- und Selbstbestimmungsrecht des Bürgers.** Dafür soll auch im  
33 Bildungswesen frühzeitig das Verständnis für die Ökologie unserer Heimat vermittelt werden.  
34 Freiwillig praktizierter Umwelt- und Naturschutz garantiert auch unseren Kindern und Enkeln, in  
35 einer lebenswerten Umwelt leben zu können. Liberaler Umwelt- und Naturschutz ist daher  
36 nachhaltig und sorgt sich um den Erhalt gesunder Lebensbedingungen für Menschen, Flora und  
37 Fauna. Eingriffe in die Umwelt, die durch unser Leben und Arbeiten notwendig sind, sollen  
38 angemessen ausgeglichen werden. Liberale Umweltpolitik ist gleichwohl rational: Umweltschutz  
39 muss wissenschaftlich und realitätsorientiert umgesetzt werden. Die Thüringer Liberalen sehen die  
40 Notwendigkeit zum ethischen Umgang mit Nutz- und Wildtieren.

41

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 17 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 (64)Thüringen hat eine reiche Naturlausstattung, die in weiten Teilen bewirtschaftet wird. Der  
2 Naturschutz leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der landschaftlichen und biologischen  
3 Vielfalt und Schönheit unseres Landes. Das vorhandene Netz an Flächen, die den vielfach  
4 abgestuften Schutzmechanismen des Naturschutzrechtes unterliegen, ist im Hinblick auf seine  
5 Dauerhaftigkeit zu pflegen und mit den Menschen im Freistaat zu entwickeln und anzupassen.  
6 Dafür setzen wir auf Information und Überzeugungsarbeit, um auch den europäischen  
7 Anforderungen gerecht zu werden. Zuviel konservatorischen Naturschutz zu Lasten anderer  
8 Nutzungsformen von Natur und Landschaft lehnen wir jedoch ab.

9

10 **Thüringen und Europa**

11

12 (65)**Europa und vor allem die Europäische Union (EU) sind gemeinschafts- und**  
13 **friedensstiftend.** Europa ist mehr als eine gemeinsame Währung. In Zeiten der Globalisierung  
14 ist die EU identitätswahrend. Europapolitik findet nach unserer Auffassung auf allen Ebenen statt.  
15 Entsprechend werden wir Thüringer Liberale aktiv dazu beitragen, fortschrittliche Entwicklungen  
16 zu verstärken und negative zu abzuwenden. Wir wollen ein starkes Europa für den Wohlstand und  
17 die Freiheit aller Europäer. Die Union muss allerdings stets an ihrer inneren Verfasstheit und an  
18 ihrem Außenbild arbeiten. Überbürokratisierung, Selbstgefälligkeit, und Bequemlichkeit gehört  
19 nicht dazu. Der Integrationsprozess muss ebenso wie die Europäische Union, langfristig gestärkt  
20 werden.

21

22 (66)Aus Sicht der Thüringer Liberalen schwächt die Vereinheitlichung und Gleichmacherei innerhalb  
23 der Europäischen Union die Idee eines gemeinsamen Raumes der Sicherheit, des Rechts und  
24 der Freiheit eines so vielfältigen Kontinents. Das Gegenteil davon ist die Stärke Europas: Vielfalt  
25 in der Einheit zu gestalten und zuzulassen. Davon ausgenommen sind die fundamentalen  
26 Gemeinsamkeiten bei den Grundpositionen, welche das europäische Zusammenleben  
27 garantieren und ermöglichen: **Rechtsstaatlichkeit, Grundrechtsgarantien, Subsidiarität,**  
28 **Haushaltskonsolidierung und Finanzgerechtigkeit.** Europa und die EU brauchen belastbar  
29 und dauerhaft den Rückhalt der Menschen. Das ist Chance aber auch große Herausforderung  
30 und Verantwortung zugleich.

31

32 (67)Für die EU ist es notwendig, fortlaufend Zentralisierungswahn, Allzuständigkeitstendenzen oder  
33 Kompetenzbündelungen zu widerstehen. Regionale Handlungsspielräume und  
34 Gestaltungsmöglichkeiten sind ein hoher Wert. Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein  
35 Problem für Europa. Die Verantwortung liegt in der kleinsten Einheit vor Ort. **Was vor Ort**  
36 **entschieden werden kann, soll auch vor Ort entschieden werden. Dieser bewährte Weg**  
37 **muss auch für Europa gelten.** Gemeinsamkeit liegt in der Verteidigung und Durchsetzung  
38 gemeinsamer Grundwerte und nicht in einer falsch verstandenen oder gar selbstverständlichen  
39 Solidarität.

40

41

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen**  
**am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 18 von 19

ANTRAG-NR. G1

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1     **(68)Auf Grundlage der unveräußerlichen europäischen Grundrechte und den gemeinsamen**  
2     **Werten ist der Wettbewerb um beste Wege und Ideen in den Regionen und Ländern**  
3     **unabdingbar.** Die Rolle europäischer Institutionen besteht grundsätzlich darin, Zielvorgaben zu  
4     formulieren und ihre Erfüllung zu prüfen. Wir Thüringer Liberale sehen eine Gefahr darin, wenn  
5     zunehmend die Umsetzung mit allen Details beschrieben, exekutive Maßnahmen quasi  
6     angeordnet oder Vorgehensweisen vorgeschrieben werden. Dessen Ausgestaltung muss in  
7     nationaler Eigenverantwortung den jeweiligen Regierungen und Parlamenten überlassen bleiben.  
8     Wir bleiben dabei: Das im Vertrag von Lissabon verankerte Subsidiaritätsprinzip muss  
9     Anwendung finden und mit Leben gefüllt werden.
- 10
- 11    **(69)In diesem Sinne erwarten die Thüringer Liberalen auch eine deutliche Zurückhaltung der Organe**  
12    der EU bei der Wahrnehmung ihrer Kompetenzen, vor allem dann, wenn sie nicht durch Wahlen  
13    in Europa legitimiert sind. Insofern sprechen wir uns für ein starkes Parlament aus, aber auch für  
14    eine sich zurückhaltende Europäische Kommission. Blankoermächtigung für  
15    Kompetenzerweiterungen darf es nicht geben. Vorhaben der EU-Kommission müssen immer in  
16    scharfer Abwägung mit nationalen Kompetenzen stehen. Europa ist zu unterschiedlich, das  
17    Subsidiaritätsprinzip leistet gute und verlässliche Dienste. **Oftmals kann ein Sachverhalt**  
18    **mindestens eben so gut national geregelt werden, wie durch die EU.**
- 19
- 20    **(70)Zur europäischen Integration gehört auch, dass es möglich sein muss, Kompetenzen auf**  
21    Mitgliedstaaten rückzuübertragen. Dies ist zum Beispiel bei der konkreten Ausgestaltung in  
22    Teilen der Regionalpolitik der Fall. **Gleiches gilt für die Entflechtung und Reduzierung der**  
23    **Regelungsdichte im Binnenmarkt, in Umweltbereichen, Verbraucherschutz oder bei der**  
24    **Energiepolitik.**
- 25
- 26    **(71)Die Thüringer Liberalen sehen vor allem in der Wirtschafts- und Währungspolitik eine große**  
27    nationale Eigenverantwortung, vor allem für konsolidierte Haushalte und der dafür notwendigen  
28    Vorsorge in der Wirtschaftspolitik. Europa ist stark, wenn die Mitgliedsstaaten ihren Beitrag dafür  
29    leisten, Europa wird schwach, wenn Mitgliedsstaaten in Mithaftung für andere Länder genommen  
30    werden. Dies lehnen wir deshalb ab. Dies gilt auch für einen möglichen Umweg über die  
31    Notenbanken des Eurosystems. EZB-Entscheidungen sollen richtigerweise nach der  
32    Stimmverteilung, die sich am jeweiligen Kapitalanteil ausrichtet, entschieden werden.
- 33
- 34    **(72)Für die Thüringer Liberalen müssen die öffentlichen Haushalte in Europa konsolidiert sein**  
35    oder werden, auch durch Sparmaßnahmen bei den jeweiligen nationalen Haushalten . Dies gilt  
36    demzufolge auch für die europäischen Institutionen, die Kompetenzen und Ressourcen bündeln  
37    und effizient gestalten müssen. Dies gilt auch für die EU-Kommission, die sich zahlenmäßig auf  
38    das Notwendige beschränken muss. Eine schlanke Kommission hilft, interne Prozeduren effizient  
39    zu gestalten. Vor allem aber kann sie sich dadurch auf tatsächlich politisch bedeutsame und  
40    notwendige Vorhaben konzentrieren. In ähnlicher Weise gilt dies für die Verwaltungskosten der  
41    EU-Organe insgesamt, für Besoldungsstufen und für Doppelstrukturen.
- 42

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März. 2013 in Weimar**

Seite 19 von 19

ANTRAG-NR. G1

---

Antragsinhalt: Weimarer Grundsätze (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Landesvorstand

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 (73)In diesem Zusammenhang ist es selbstverständlich, dass sich die EU-Finanzausstattung am  
2 europäischen Wirtschaftswachstum orientieren muss und nicht darüber hinaus geht. Eine EU-  
3 Steuer lehnen wir ab. Dies gilt auch für den Umweg über eine Beteiligung an nationalen Steuern.

4

5 (74)Ein geeintes Europa ist eine große und hervorragende Generationenaufgabe, für die es sich  
6 lohnt, zu kämpfen. Dazu gehört aber auch, dass die Skepsis wächst, wenn ein Übermaß an  
7 Regulierungen oder ein Mangel an politischen Einflussmöglichkeiten auf europäische  
8 Entscheidungen von vielen Bürgerinnen und Bürgern empfunden wird. Das große Projekt Europa  
9 ist auf den Rückhalt seiner Bürger angewiesen.

10

11 **Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und politische Kultur, Toleranz und die Wahrung**  
12 **der Menschenrechte sind notwendige Grundlage für unser Zusammenleben und unsere**  
13 **gemeinsame Politik in Thüringen, Deutschland und Europa. Die Thüringer Liberalen tragen den**  
14 **Anspruch, die Verpflichtung und die Verantwortung auf allen politischen Ebenen: Kommunen,**  
15 **Land, Bund und Europa. Wir setzen unsere Politik im Interesse der Bürger auf allen Ebenen um**  
16 **und verbinden diese. Diese Verbindung des politischen Einflusses für die Bürger auf allen**  
17 **Ebenen ist es, die den Gestaltungswillen des Bürgers entfalten lässt. Wir Thüringer Liberale**  
18 **stehen für konkrete, bodenständige und bürgernahe Politik im Sinne der Thüringerinnen und**  
19 **Thüringer.**

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

Seite 1 von 18

Antrags-Nr.: G2

Der Landesparteitag möge beschließen:

Antragsteller: Torsten Grieger, Dr. Harald Kunze,  
Daniel M. Scheidel, Bastian Schwotzer, Detlef Zschiegner

1 **Weimarer Manifest der Freiheit**

2

3 **I. Thüringen: Land der Freiheit und liberalen Weltanschauung**

4 **II. Grundsätze liberaler Politik für Thüringen**

5 **III. Leitlinien liberaler Politik in Thüringen**

6 **IV. Schlusswort**

7

8 **I. Thüringen: Land der Freiheit und liberalen Weltanschauung**

9

10 *Wir Liberalen in Thüringen können mit Stolz auf eine lange, vom Freiheitsgedanken geprägte*  
11 *Geschichte zurückblicken. Diese ist prägende Leitlinie und wegweisende Verantwortung zugleich.*

12

13 (1) Historisch gesehen, gehört der mitteldeutsche Raum und damit auch Thüringen zu den  
14 fortschrittlichsten und progressivsten Regionen in Deutschland. Hier fand die Reformation ihren  
15 Ausgangspunkt. In der Zeit der Aufklärung und insbesondere in der Zeit des Sturm und Drang  
16 gingen von Weimar die entscheidenden Impulse zu einem neuen gesellschaftlichen  
17 Selbstverständnis aus, und auch die Deutsche Freiheits- und Einheitsbewegung verbreitete sich  
18 nach den Napoleonischen Kriegen zu einem großen Teil von Thüringen aus. Die Farben Schwarz-  
19 Rot- Gold wurden erstmals von Studenten in Jena geschwungen.

20

21 Begünstigt wurde diese Entwicklung unter anderem dadurch, dass die Thüringer Kleinstaaten in  
22 der Regel mehr Freiheitsrechte zuließen als die meisten anderen deutschen Länder. Philosophen  
23 und Wissenschaftler, aber auch Literaten und Musiker konnten in Thüringen offen die Frage nach  
24 den Grenzen des Absolutismus stellen und aufklärerisch über die Rechte und Pflichten von  
25 Bürgern und Fürsten debattieren. Unsere Region hat damit einen entscheidenden Beitrag dazu  
26 geleistet, das Feudalzeitalter zu überwinden.

27

28 Das Land Thüringen kann deshalb zu Recht für sich in Anspruch nehmen, eines der Stammländer  
29 liberaler Weltanschauung zu sein.

30

31 (2) Die jüngere Geschichte Thüringens ist überwiegend von illiberalen Erfahrungen geprägt, obwohl  
32 nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zunächst eine Epoche folgte, die die deutliche Handschrift  
33 liberaler Politiker trägt. In der Zeit der Weimarer Republik haben liberale Politiker wie Friedrich  
34 Naumann und Gustav Stresemann bemerkenswerte Akzente gesetzt.

35

36 Trotz dieses liberalen und demokratischen Aufbruchs nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1930 in



# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 2 von 18

---

1 Thüringen die erste Landesregierung unter Beteiligung der NSDAP in Deutschland gewählt. Mit  
2 der vollständigen Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 kam es zum  
3 abrupten Zusammenbruch kernliberaler Staatsvorstellungen: Die Idee der Freiheit und der Wunsch  
4 nach Demokratie wurden gewaltsam unterdrückt, es folgten die erste deutsche Diktatur und - von  
5 ihr angezettelt - der Zweite Weltkrieg sowie der Völkermord an etwa sechs Millionen europäischen  
6 Juden.

7  
8 Nach dem zweiten Weltkrieg kam es zu einem kurzen und heftigen Aufblühen liberaler Politik in  
9 Thüringen, das jedoch schon bald von der zweiten deutschen Diktatur, der SED-Gewaltherrschaft,  
10 beendet wurde.

11  
12 Die Liberalen in Thüringen erinnern an dieser Stelle an Persönlichkeiten wie Kurt Pöschel und  
13 Martin Lauer, die sich nach dem Zusammenbruch des Faschismus aus tiefster liberaler  
14 Überzeugung in der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) für die Freiheit engagiert  
15 haben. Für Aufsehen hat unter anderem der 1948 von ihnen in den Schmöllner Gemeinderat  
16 eingebrachte Beschlussantrag gesorgt, öffentliche Gebäude zu festlichen Anlässen nicht mit roten,  
17 sondern mit Kreis- und Landesflaggen zu schmücken, sowie ihre Forderung nach freien und  
18 geheimen Wahlen anlässlich der Gründung der DDR im Oktober 1949.

19  
20 Im Jahr 1950 wurden die beiden Liberalen unter dem Vorwand der Spionage von Staatssicherheit  
21 und sowjetischem Geheimdienst verhaftet, nach Moskau verschleppt und dort vor Gericht gestellt.  
22 In einem Schauprozess wurde Kurt Pöschel zum Tode und Martin Lauer zu 25 Jahren Arbeitslager  
23 verurteilt.

24  
25 In der Folgezeit haben die Machthaber in der DDR den Wunsch der Menschen nach Freiheit  
26 konsequent unterdrückt. Die LDPD sowie die NDPD wurden vereinnahmt und als staatstragende  
27 Blockparteien instrumentalisiert. Dennoch wurden sie zur politischen Heimat vieler Liberaler in  
28 Thüringen, die die liberale Weltanschauung nicht gänzlich in der Diktatur des Arbeiter- und  
29 Bauernstaates untergehen lassen wollten.

30  
31 (3) 1990 haben die Menschen in der DDR das SED-Regime in die Knie gezwungen. Die mit der  
32 Wende wiedergewonnene Freiheit hat 1990 zur Gründung der FDP in Thüringen geführt. Seitdem  
33 existiert endlich wieder eine wirklich freie demokratische Partei in Thüringen und der Freistaat ist  
34 wieder Land der Freiheit und liberalen Weltanschauung.

35  
36 *Seither setzen wir uns in Thüringen für einen Staat ein, der im Rahmen größtmöglicher*

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 3 von 18

---

1 *Freiheit die Regeln und Normen setzt, die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit des*  
2 *Einzelnen fördern und stärken. Dieser liberale Staat bevormundet die Menschen nicht, sondern*  
3 *garantiert ihnen Freiheit und Sicherheit. So entsteht eine kraftvolle und soziale Verbindung der*  
4 *Menschen, die freiheitliche Kreativität stärkt und gleichzeitig Sorge für einen sozialen Ausgleich*  
5 *und das Auffangen Schwächerer trägt.*

## 7 **II. Grundsätze liberaler Politik für Thüringen**

8  
9 *Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner*  
10 *Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens,*  
11 *seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand*  
12 *darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Diese im Grundgesetz festgeschriebene*  
13 *rechtliche Gleichheit ist Grundlage für Würde und Freiheit jedes einzelnen Menschen in unserer*  
14 *Gesellschaft.*

15  
16 *Gleichwohl sind alle Menschen auch verschieden. Sie haben unterschiedliche Stärken und*  
17 *Schwächen, nehmen sich und ihre Umwelt individuell wahr und entwickeln deshalb völlig*  
18 *verschiedene Lebensentwürfe, Interessen und Meinungen.*

19  
20 *Deshalb ist der einzelne Mensch Ausgangspunkt unserer liberalen Weltanschauung. Seine Freiheit*  
21 *ist der Grund und die Grenze unserer liberalen Politik. Denn nur wer frei ist, kann das Wesen und*  
22 *die Ausrichtung des gesellschaftlichen Zusammenlebens mitbestimmen. Wir vertrauen den*  
23 *gestalterischen Fähigkeiten sowie der Urteilskraft der Menschen, ihre persönlichen und*  
24 *gesellschaftlichen Beziehungen so zu gestalten, dass neben der eigenen Freiheit auch die der*  
25 *anderen Menschen gewahrt bleibt und die gesellschaftlich vereinbarten Normen und Regeln, die*  
26 *für ein gerechtes Miteinander notwendig sind, eingehalten werden.*

### 27 28 **(1) Für die Freiheit des Einzelnen**

29 Die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz ist eine wesentliche Grundlage unserer Freiheit. Es  
30 gilt, diese Freiheit vor politisierter, staatlich reglementierter oder verordneter „Gleichheit“ zu  
31 schützen. Die Geschichte unseres Landes lehrt, dass diese sogenannte „Gleichheit“ die Freiheit  
32 jedes einzelnen Menschen ebenso wie die der Gesellschaft beschneidet - sie ist der Antagonismus  
33 zu unserem liberalen Begriff von individueller und gesellschaftlicher Freiheit. Zur Verteidigung der  
34 Freiheit des einzelnen Menschen definieren wir den Rahmen, innerhalb dessen die Ausübung  
35 persönlicher Freiheit der Verantwortung gegenüber der Umwelt gerecht wird. Freiheit in diesem  
36 Sinne bedeutet, in einer offenen Gesellschaft für etwas einzutreten. Den Raum für diese Freiheit zu

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 4 von 18

---

1 schaffen, ist Aufgabe der Politik. Diese Freiheit zu verwirklichen und zu verteidigen, ist Sache aller  
2 ebenso wie jedes einzelnen Menschen.

3

## 4 (2) Für eine ideologiefreie Politik

5 In einer freiheitlichen Gesellschaft existieren unterschiedliche Meinungen nebeneinander. Im freien  
6 Wettbewerb der Vielzahl von Weltanschauungen, Meinungen und Perspektiven liegt die Chance,  
7 bei größtmöglicher persönlicher Freiheit für jeden einzelnen Menschen die besten Ergebnisse für  
8 die Gesellschaft zu finden. Dazu muss die Politik frei von Ideologen und Ideologien sein.

9

## 10 (3) Für klare und transparente Ziele

11 Wir stellen uns dem freien Wettbewerb der Ideen und Inhalte. Dabei formulieren wir unsere Ziele  
12 so klar und transparent, dass unser politisches Handeln jederzeit nachvollziehbar gemessen  
13 werden kann. Statt kalkulierter Beliebigkeit und gewollter inhaltlicher Konturlosigkeit bieten wir den  
14 Menschen klare Identifikationsmöglichkeiten und qualifizierte Entscheidungsgrundlagen.

15

## 16 (4) Für eine freie politische Diskussionen

17 Wir fördern die öffentliche und die innerparteiliche politische Diskussion. Inhaltliche Debatten sind  
18 Ausdruck von Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit. Sie ermöglichen demokratisch legitimierte  
19 politische Entscheidungen, die das Ergebnis eines Ausgleichs ebenso zahlreicher wie vielseitiger  
20 Interessen und Ansprüche sind. Demokratie lebt von offener inhaltlicher Auseinandersetzung. Die  
21 Freiheit und Vielfalt der persönlichen Meinung, der Schutz von Minderheiten und Rechtssicherheit  
22 sind unverzichtbare Grundvoraussetzungen dafür. Sie sind deshalb fester Bestandteil unserer  
23 liberalen Weltanschauung.

24

## 25 (5) Für Bildung, Wissenschaft und Kultur

26 Die Globalisierung führt zu einer stetig steigenden Komplexität in beinahe allen Bereichen des  
27 Zusammenlebens. Insbesondere die modernen Möglichkeiten der Kommunikation und die damit  
28 zur Verfügung stehende Menge an Informationen stellen die Menschen vor immer komplexere  
29 Herausforderungen, die lebenslanges Lernen und Weiterentwickeln erfordern. Aus unserer Sicht  
30 kommt den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur deshalb ein besonderer hoher Stellenwert  
31 zu.

32

## 33 (6) Für die gesellschaftliche Kontrolle des Staates

34 Der Staat und seine Organisationen sind in besonderer Weise dafür anfällig, missbraucht zu  
35 werden. Nur wenn die Kontrolle der Staatstätigkeit durch die freiheitliche Gesellschaft  
36 gewährleistet ist, kann sich das Potenzial der Gesellschaft frei und zum Wohle aller Menschen

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 5 von 18

---

1 entfalten.

2

## 3 (7) **Für eine gerechtere Umverteilungspolitik**

4 Unsere Gesellschaft entwickelt sich in zunehmendem Maße zu einer Alimentationsgesellschaft, die  
5 von mittelbaren und unmittelbaren Umverteilungen zwischen den einzelnen gesellschaftlichen  
6 Gruppen geprägt ist. Wir setzen uns für eine gerechtere Umverteilungspolitik ein, die auch und  
7 insbesondere die Interessen der Leistungsträger der Gesellschaft nachhaltig berücksichtigt und  
8 schützt. Schließlich sind sie es, die durch ihre Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit  
9 Umverteilungen überhaupt erst möglich machen. Arbeit muss sich lohnen und entsprechend  
10 honoriert werden. Das Recht auf Arbeit muss Grundprinzip für alle arbeitsfähigen Menschen sein.

11

## 12 (8) **Für mehr Wettbewerb zur Stärkung der Gesellschaft**

13 Je mehr Menschen ihr Leben durch eigene Leistung gestalten, desto gerechter, sozialer und  
14 stärker ist die Gesellschaft. Für uns ist Wettbewerb ein entscheidendes Element, wenn es darum  
15 geht, unsere immer komplexer werdende Gesellschaft lebens-, reaktions- und handlungsfähig zu  
16 halten. Mit klaren Regelungen fair gestaltet und in seiner Wirksamkeit gestärkt, gewährleistet  
17 Wettbewerb Chancengleichheit und steigert die Motivation zur eigenen Leistung.

18

## 19 (9) **Für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Freiheit**

20 Für uns ist die grenzenlose individuelle Freiheit ebenso ein Feind unserer Gesellschaft wie der  
21 grenzenlose Glaube an den Staat. Die Freiheit des Einzelnen darf die Freiheit der Anderen nicht  
22 gefährden. Gleichzeitig darf die Übergabe gesellschaftlicher Verantwortung an den Staat nur unter  
23 besonderen Bedingungen erfolgen. Nur so kann verhindert werden, dass er instrumentalisiert und  
24 die Freiheit eingeschränkt wird. Für uns ist der Einzelne deshalb ebenso in der Verantwortung zum  
25 vertrauensvollen Umgang mit der Freiheit wie der Staat - dies unterscheidet uns grundlegend von  
26 allen anderen politischen Richtungen.

27

## 28 **III. Leitlinien liberaler Politik in Thüringen**

29

### 30 (1) **Nur ein liberaler Staat ermöglicht Freiheit**

31

32 Wir stehen für einen sich selbst zurücknehmenden Staat. Im Sinne größtmöglicher Freiheit müssen  
33 seine Aufgaben fortlaufend überprüft werden. Nur eine Politik, die sich selbst zurücknimmt, lässt  
34 den Menschen die notwendige Freiheit zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Zukunft.

35

36 Die Aufgabe des Staates besteht darin, die Grundrechte zu garantieren, Chancengleichheit zu

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 6 von 18

---

1 gewährleisten und wohlgesetzte Daseinsfürsorge zu betreiben. Dies kann er jedoch nur, wenn er  
2 nicht durch eine Vielzahl von Aufgaben und Ausgaben in seiner Handlungsfähigkeit beschränkt  
3 wird. Nur ein liberaler Staat kann einen ausgeglichen Rahmen für das Miteinander der Menschen  
4 setzen.

5  
6 Der Grundsatz größtmöglicher Freiheit und Verantwortung des Einzelnen ist einer der wichtigsten  
7 liberalen Grundsätze. Daraus ergibt sich, dass das, was vor Ort zu leisten und zu regeln ist, auch  
8 dort geregelt werden soll und muss. Deshalb setzen wir uns für eine weitgehende Autonomie der  
9 kommunalen Ebene als wichtigstem Kernbereich gesellschaftlichen Zusammenlebens ein. Für uns  
10 sind die Kommunen die Heimat der Menschen und die Basis unserer demokratischen Kultur.

11  
12 Starke Kommunen sind das Ergebnis aktiver Mitbestimmung selbstbewusster Menschen und  
13 eigenständiger Verwaltungen. Deshalb engagieren wir uns für die Durchsetzung ebenso schlanker  
14 wie effizienter und bürgernaher Kommunalverwaltungen als Dienstleister für die Bürgerinnen und  
15 Bürger. Bei Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften setzen wir  
16 auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung im Interesse der jeweils Betroffenen.

## 17 18 (2) **Freiheit durch Übernahme von Verantwortung**

19  
20 Wir wollen, dass sich die Menschen für die Gesellschaft engagieren. Möglichst geringe Abgaben  
21 sichern ihnen die dazu notwendigen Freiheiten und Gestaltungsspielräume.

22  
23 Eine freiheitliche Gesellschaft braucht Sicherheit. Innere Sicherheit zählt ebenso wie die  
24 Rechtssicherheit zu den Kernaufgaben des Staates. Der Staat muss objektive Sicherheit bieten  
25 und grundrechtlich garantierte Rechtsgüter schützen, indem er die Risiken für diese Rechtsgüter  
26 unter Wahrung größtmöglicher Freiheit minimiert. Überwachung und Datenspeicherung sind aus  
27 unserer Sicht keine geeigneten Mittel zur Erhöhung der Inneren Sicherheit, da sie in die Freiheit  
28 des Einzelnen eingreifen und ein nicht zu unterschätzendes Risiko staatlichen Missbrauchs  
29 bergen.

30  
31 Wir stehen für einen liberalen und demokratischen Rechtsstaat, in dem sich die Menschen frei  
32 entfalten können. Das freie Spiel politischen Handelns erfordert hierbei viel Toleranz gegenüber  
33 freier politischer Betätigung. Dies ist allerdings ebenso Wesen und Zweck unserer freiheitlich-  
34 demokratischen Grundordnung wie die Verteidigung der Grenzen des politischen Miteinanders.  
35 Wer den gemeinsamen gesellschaftlichen Grundkonsens, die freiheitlich-demokratische  
36 Grundordnung, bekämpft, trifft auf unseren entschiedenen Widerstand. Gegnern der freiheitlich-

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 7 von 18

---

1 demokratischen Grundordnung muss die Demokratie aufgeklärt und wachsam gegenüberstehen.  
2 Wir mahnen deshalb zur Gemeinsamkeit aller Demokraten gegen alle Feinde der Demokratie, das  
3 heißt gegen Extremisten aller Art.  
4

5 Rechtsstaat bedeutet für Liberale zwingend die Herstellung von Rechtssicherheit. Dazu gehört  
6 auch und insbesondere eine zeitnahe Rechtsprechung.  
7

## 8 (3) Liberale Familien- und Sozialpolitik für Thüringen

9

10 Wir stehen für eine moderne Familien- und Sozialpolitik, die sich dem gesellschaftlichen Wandel  
11 nicht verschließt. Wir fördern die Migration und Integration aller Menschen, die in Thüringen leben  
12 und arbeiten möchten und bereit sind, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren und sich dort zu  
13 engagieren. Den vielfältigen Formen menschlichen Zusammenlebens stehen wir offen und  
14 unvoreingenommen gegenüber und berücksichtigen die wachsende Zahl von Familienmodellen.  
15

16 Für uns ist Familie immer dort, wo Kinder sind und Menschen füreinander Verantwortung  
17 übernehmen. Die größte Herausforderung der Familienpolitik besteht aus unserer Sicht auch  
18 weiterhin darin, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu verbessern. Gerade in  
19 Zeiten des Fachkräftemangels müssen Familien gesellschaftliche Strukturen vorfinden, in denen  
20 sowohl die verantwortungsvolle Erziehung der Kinder bei gleichzeitiger Selbstverwirklichung im  
21 Beruf möglich sind. Es ist daher erklärtes Ziel unserer Familienpolitik, eine hohe Erwerbsquote von  
22 Eltern durch den zeitlich flexiblen und flächendeckenden Ausbau einer bedarfsgerechten  
23 Infrastruktur zur Kinderbetreuung sowie pädagogisch gut ausgestalteter Angebote an Tagespflege  
24 und Ganztages-Kindergärten zu ermöglichen.  
25

26 Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund wollen wir die gesellschaftlichen  
27 Anreize, Kinder zu bekommen und zu erziehen, konsequent weiter erhöhen.  
28

29 Grundlegend für liberale Familienpolitik bleibt das Subsidiaritätsprinzip. Freiheit zur Verantwortung  
30 heißt in der Familienpolitik aber auch, dass es eine gesellschaftliche Verantwortung gibt, den  
31 verantwortlichen Umgang mit Kindern sicherzustellen. Die Fähigkeit und der Wunsch der Eltern,  
32 Eigenverantwortung wahrzunehmen, müssen gestärkt und gefördert werden.  
33

34 Liberale Sozialpolitik ist Chancenpolitik. Sie konzentriert sich sowohl auf die Absicherung  
35 existenzieller Risiken als auch auf die aktive Verbesserung der Lebenssituation sozial Schwacher,  
36 Gefährdeter oder Schutzbedürftiger. Sie zielt darauf ab, den Menschen, die unserer Hilfe bedürfen,

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 8 von 18

---

1 mit Hilfs- und unterstützenden Maßnahmen soweit wie möglich Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Wir  
2 wollen Anreize für die Menschen setzen, eigenverantwortlich zu leben und sich aktiv von  
3 staatlicher Alimentierung zu befreien. Unsere Sozialpolitik bemisst Erfolg ausschließlich an der  
4 Wirkung für die Betroffenen. Daher behält sie stets im Blick, dass Steuergelder verantwortungsvoll  
5 und zielgerichtet im Sinne der Betroffenen eingesetzt werden. Das Subsidiaritätsprinzip staatlichen  
6 Handelns wird so auch in der Sozialpolitik berücksichtigt, den Leistungen der Gemeinschaft stehen  
7 in angemessenem Umfang auch Leistungen des Einzelnen gegenüber.

## 8 9 (4) **Bildung ermöglicht Freiheit**

10  
11 Freiheit braucht Bildung, Bildung braucht Freiheit. Bildung ist ein lebenslanger Lernprozess, der  
12 Menschen befähigt, sich selbstbestimmt zu entfalten und mündige Mitglieder einer freien und  
13 vitalen Gesellschaft zu werden. Bildung sichert die Grundlage für unseren wirtschaftlichen und  
14 kulturellen Wohlstand und eröffnet Chancen persönlichen Wachstums und sozialen Aufstiegs.  
15 Zugleich ist sie, zusammen mit beruflicher Bildung, Forschung und Entwicklung, der entscheidende  
16 Faktor unserer Wirtschaft im globalen Wettbewerb. Der gesellschaftliche Wandel wird die  
17 entscheidende Bedeutung von Bildung für die Lebenschancen des Einzelnen zukünftig noch weiter  
18 verstärken. Für uns ist Bildung ein Bürgerrecht und die entscheidende Zukunftsressource unseres  
19 Landes.

20  
21 Die Bedeutung von Wissen und Forschung für den Wohlstand unserer Gesellschaft wächst. Die  
22 lernende Gesellschaft benötigt Experimentierfreude, Innovationen und lebenslange Weiterbildung.  
23 Dies erfordert eine weitestgehende Durchlässigkeit im Bildungssystem sowie starke, gut  
24 ausgestattete und eigenverantwortliche Bildungsinstitutionen auf allen Ebenen. Der hohe  
25 Stellenwert der Bildung muss sich auch in einer hohen gesellschaftlichen Wertschätzung für  
26 Lehrende und Lernende an Kindertagesstätten, Schulen, in der beruflichen Bildung sowie an  
27 Universitäten und Hochschulen ausdrücken.

28  
29 Liberale Bildungspolitik richtet sich pragmatisch am einzelnen Menschen aus. Wir arbeiten für faire  
30 Bildungschancen in einem leistungsfähigen Bildungssystem. Die individuelle Förderung aller  
31 Kinder ist das Leitmotiv unserer Bildungspolitik. Mit Blick auf die individuellen Bedürfnisse und  
32 Talente muss der Lernende zum Mittelpunkt aller Überlegungen gemacht werden. Dabei müssen  
33 Begabungen wesentlich früher identifiziert und individueller gefördert werden. Gelingende  
34 Bildung ist eine Frage guter fachlicher und pädagogischer Qualifikation der Lehrenden, des  
35 Engagements der Lernenden und ihrer Eltern sowie der Freiheit der Schule, Weg und Methoden  
36 eigenverantwortlich zu wählen. Die Ausbildung der Lehrenden muss den ständig wachsenden

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 9 von 18

---

1 Anforderungen angepasst und ihre Weiterbildung gesichert werden. Wir wollen, dass sich alle  
2 Kinder und Jugendlichen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln.

3  
4 Unser Grundgesetz legt die Kultushoheit in die Hände der Länder. Dies bedeutet jedoch nicht,  
5 dass sich Bildungspolitik unkoordiniert vollziehen muss. Um die Vorteile unseres föderalen  
6 Systems zu nutzen und einen fairen Wettbewerb in Gang zu setzen, müssen im Interesse der  
7 Chancengleichheit vergleichbare Grundbedingungen herrschen. Nur so lassen sich bundesweit die  
8 bestmöglichen Grundlagen für Bildung sicherstellen. Unser Ziel ist es, Schranken für Investitionen  
9 in die Zukunftsressource Bildung abzubauen.

## 10 11 (5) **Früh bilden**

12  
13 Bildung beginnt lange vor dem Schuleintritt. In keiner Lebensphase sind Menschen so lernfähig  
14 wie in ihrer frühen Kindheit. Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für soziale  
15 Integration und Chancengerechtigkeit von Beginn an. Sie findet gleichermaßen in der Familie wie  
16 in den Bildungseinrichtungen statt und dient den Startchancen eines jeden Kindes und dessen  
17 Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft.

18  
19 Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen, Begabungen und  
20 Beeinträchtigungen der Kinder stellt die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindergärten und  
21 Kindertagesstätten täglich vor große Herausforderungen. Zugleich sind die Anforderungen an das  
22 Management dieser Einrichtungen gestiegen. Auch die Ansprüche von Eltern und Gesellschaft  
23 wachsen. Von den Erzieherinnen und Erziehern wird nicht nur eine verlässliche Betreuung,  
24 sondern auch eine individuelle Förderung der Kinder sowie die Vermittlung von Werten in der  
25 Gemeinschaft der Jüngsten erwartet. Dies muss bei der Ausbildung von Erzieherinnen und  
26 Erziehern wesentlich deutlicher als bisher berücksichtigt werden. Um den Übergang in die Schule  
27 so erfolgreich wie möglich für die Kinder zu gestalten, fordern wir eine noch engere Kooperation  
28 von Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen.

29  
30 Wir bekennen uns zur Einführung von Betreuungsgutscheinen. Diese Betreuungsgutscheine als  
31 familienpolitische Leistung werden direkt an die Eltern ausgereicht. Der Übergang von der  
32 Objekt- zur Subjektförderung, das heißt von der Förderung von Einrichtungen hin zur Förderung  
33 von Kindern, führt zu einer Anhebung der Qualität bei den Kinderbetreuungseinrichtungen. Der  
34 Wettbewerb zwischen den Trägern und die Stärkung von Privatinitiativen werden so unter Wahrung  
35 sozialer Aspekte gefördert. Damit ist echter Wettbewerb zwischen den verschiedenen Angeboten  
36 der frühkindlichen Bildung möglich. Auch alternative Angebote, wie zum Beispiel Tagesmütter, sind



# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 10 von 18

---

1 bei gegebener pädagogischer Qualifikation möglich.

2

## 3 (6) **Für das Leben schulen**

4

5 Wir wollen mehr Freiheit für unsere Schulen. Kreativität und Dynamik können sich nur an  
6 weitgehend eigenverantwortlichen Schulen entfalten. In diesem Zusammenhang streben wir eine  
7 erweiterte Verantwortung der Kommunen als Schulträger an. Die Trennung der Zuständigkeit für  
8 das pädagogische Personal auf der einen und für das sonstige Personal und die Sachmittel auf der  
9 anderen Seite, also die inneren und äußeren Schulangelegenheiten, muss aufgehoben werden.  
10 Wir fordern, den Schulen die volle Personalverantwortung zu übertragen. Schulleiter sollen  
11 Dienstvorgesetzte sein, über Neueinstellungen entscheiden die Schulen eigenverantwortlich. Die  
12 erforderliche finanzielle Ausstattung stellt das Land sicher.

13

14 Wir setzen uns für die Entscheidungsfreiheit der Eltern ein, denn Eltern wissen am besten, was  
15 gut für ihre Kinder ist. Sie stehen in der Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder, deshalb  
16 müssen sie auch das Recht haben, die beste Schule für ihre Kinder zu wählen. Unterschiedliche  
17 Schultypen in freier und staatlicher Trägerschaft existieren gleichberechtigt nebeneinander. Wir  
18 begrüßen ausdrücklich den Wettbewerb um die besten Ideen, wie Wissen effektiv und nachhaltig  
19 vermittelt werden kann, um die jungen Menschen zu einem Leben in Freiheit und Verantwortung zu  
20 befähigen.

21

22 Schule muss frei sein von politischer Ausrichtung. In einem vernünftigen wettbewerblichen  
23 Rahmen soll es der eigenverantwortlichen Schule überlassen sein, selbst zu entscheiden, wie sie  
24 sich entwickelt. Lediglich die Bildungsziele werden als gesellschaftliche Erwartungshaltung durch  
25 die Politik vorgegeben.

26

27 Für uns umfasst Bildung den ganzen Menschen. Unser Bildungsverständnis geht deshalb weit  
28 über die reine Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten hinaus. Bildung soll vor allem zur  
29 Orientierung in einer immer komplexeren Welt beitragen und das Individuum zu abgewogenen  
30 Urteilen befähigen. Darüber hinaus soll sie die Entfaltung der kognitiven, der musischen sowie der  
31 körperlichen Fähigkeiten befördern. Dadurch wird das Bewusstsein des Individuums für die Freiheit  
32 sowie für die Verantwortung gegenüber Mitmenschen und Umwelt gestärkt. Im Sinne dieser  
33 Verantwortung für sich und andere besteht die Aufgabe der Schule und aller anderen  
34 Bildungseinrichtungen darin, den Lernenden das Wissen, die Grundfertigkeiten und die Werte zu  
35 vermitteln, die sie benötigen, um im beruflichen Leben ihre Aufgaben erfüllen und dadurch ihren  
36 Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können.

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 11 von 18

---

1 Berufliche Bildung ist ein zentrales Element der Innovationsfähigkeit unseres Landes. Eine  
2 qualitativ hochwertige Ausbildung ist die Grundvoraussetzung für ein dauerhaft erfülltes und  
3 befriedigendes Arbeitsleben. Das duale System hat sich in Deutschland seit Jahrzehnten und in  
4 Thüringen nach der politischen Wende bewährt. Eine der wichtigsten Stärken besteht in der  
5 Verankerung der beruflichen Ausbildung in den Betrieben. Hier sind eine ganzheitliche Betrachtung  
6 und ein enges Zusammenwirken von Schule und Betrieben notwendig. Förderangebote für  
7 Schulabgänger im Übergang in eine berufliche Ausbildung müssen in enger Abstimmung mit dem  
8 Berufsausbildungssystem erfolgen und der Einmündung in eine berufliche Ausbildung dienen. Die  
9 berufliche Weiterbildung als lebensbegleitendes Lernen ist eine starke und wichtige Säule unseres  
10 Bildungssystems.

11  
12 Wir wollen größtmögliche Freiheit für die Universitäten und Hochschulen in Thüringen. Diese  
13 leisten mit ihren herausragenden Ergebnissen einen wesentlichen Beitrag zur Standort- und  
14 Zukunftssicherung. Sie bilden die Wissenschaftler von morgen aus. Die Universitäten und  
15 Hochschulen befinden sich in einem harten nationalen und internationalen Wettbewerb, die  
16 Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit ist deshalb eine dringende politische Aufgabe. Wir fordern dazu  
17 eine angemessene finanzielle Ausstattung der Universitäten und Hochschulen, die unabhängig von  
18 parlamentarischen Mehrheiten festzulegen ist. Wir stehen für die Selbstverantwortung der  
19 Universitäten und Hochschulen auch in finanziellen Belangen. Über Beiträge von Studierenden an  
20 der Finanzierung ihrer Hochschulausbildung sollen Universitäten und Hochschulen ausdrücklich  
21 selbst entscheiden, wobei die Beiträge ausschließlich zur Verbesserung der Lehr- und  
22 Studienbedingungen eingesetzt werden dürfen. Der Staat hat die Rahmenbedingungen so zu  
23 gestalten, dass jedem im Sinne der Chancengleichheit eine Hochschulausbildung möglich ist.

24  
25 Wir stehen für die Freiheit der Wissenschaft - auch bezüglich staatlicher Auftragsforschung.  
26 Wissenschaft und Forschung sind frei, arbeiten ungebunden von staatlichen Zielvorstellungen und  
27 definieren ihre Forschungsziele im wissenschaftlichen Diskurs. Forschungsinteresse muss die  
28 Wissenschaft definieren, Forschungsziele sollen in erster Linie durch die Wissenschaft aus  
29 Erkenntnisinteresse definiert werden. Wir denken die Zukunft offen und ideologiefrei und bekennen  
30 uns zur Ideenfreiheit sowie zum Wettbewerb um die besten Lösungen.

## 31 32 (7) **Kunst und Kultur ermöglichen Freiheit**

33  
34 Thüringen ist ein Kernland von Kunst und Kultur. Kunst und Kultur sind die gesellschaftlichen  
35 Grundlagen für die Verständigung untereinander und die Quellen von Identität und Kreativität. Sie  
36 spiegeln den Zustand einer Gesellschaft wider und treiben deren Entwicklung voran. Ohne Kunst

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 12 von 18

---

1 und Kultur wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und unsere  
2 Wirtschaft nicht innovativ. Unsere Kulturpolitik verankert den Wert von Kunst und Kultur für die  
3 Allgemeinheit wie für jeden Einzelnen im Bewusstsein und wirbt für die gesellschaftliche, soziale  
4 und wirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur. Wir sind die Kulturpartei.

5  
6 Kultur ist Lebensqualität. Sie schafft Identität und Identifikation und bindet dauerhaft grundlegende  
7 demokratische Wertvorstellungen. Unsere Kulturpolitik sichert das Bemühen der Menschen in  
8 unserem Land, ihre örtliche Verwurzelung, ihre persönliche Geschichte und ihre persönlichen  
9 Bindungen im Alltag festzuhalten. Liberale Kulturpolitik ermöglicht und fördert die Integration und  
10 den Dialog der verschiedenen Kulturen in Thüringen. Kultur baut Brücken zwischen den Menschen  
11 und überwindet Gegensätze.

12  
13 Wir sind ein verlässlicher Partner der Kultur, der Kulturinstitutionen und insbesondere der  
14 Kulturvereinigungen, die in bürgerschaftlichem Engagement die Kultur vor Ort aktiv vorantreiben.  
15 Eine Bevormundung und ideologische Beeinflussung der Kultur durch Staat oder Politik lehnen wir  
16 ab. Nur in ihrer Freiheit können sich kulturelle Tradition und zeitgenössische Kunst frei und zum  
17 Wohl aller Menschen in Thüringen entfalten

18  
19 Bildung, Wissenschaft und Kultur sind Kernaufgaben des Staates. Er darf nicht Monopolist sein,  
20 sondern hat den Rahmen für Eigenverantwortung und Wettbewerb zu setzen. Wir stehen für einen  
21 Fortschritt durch öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Ausgleich. Wir sehen Kunst- und  
22 Kulturschaffende in der Mitte unserer Gesellschaft, sie schaffen, gestalten und entwickeln unsere  
23 Kultur - und tragen damit ganz wesentlich zur Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft  
24 bei. Es ist ihre gelebte Kreativität, die provoziert, hinterfragt oder Denkprozesse und Diskussion  
25 initiiert. Die private Kultur- und Kreativwirtschaft gehört für uns zu den Selbstverständlichkeiten  
26 einer modernen und freien Gesellschaft.

## 27 28 (8) **Wirtschaftliche Kraft und gesunde Finanzen**

29  
30 Die soziale Marktwirtschaft hat auch in Thüringen zu Wohlstand breiter Bevölkerungsgruppen und  
31 anhaltendem sozialen Frieden geführt. Nur eine konsequent marktwirtschaftliche Politik kann die  
32 Dynamik entfachen, die Arbeitsplätze schafft und sichert. Wer Marktwirtschaft zulässt, öffnet die  
33 Tore für die Kraft der Freiheit. Liberale Wirtschaftspolitik setzt auf vernünftige Ordnungsregeln, die  
34 die Funktionsfähigkeit der Märkte sicherstellen. Eine staatliche Beteiligung am Marktgeschehen  
35 selbst lehnen wir grundsätzlich ab. Der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft setzt die Beachtung  
36 ethischer Maßstäbe und ethisches Marktverhalten aller Marktteilnehmer voraus.

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 13 von 18

---

1 Mittelstand stärken, Innovationen fördern, Fachkräfte gewinnen, Wachstum sichern - das sind die  
2 Ansprüche, an denen sich eine freiheitliche Wirtschaftspolitik messen lassen muss. Es gehört zu  
3 unseren vordringlichsten Anliegen, die Rahmenbedingungen für Thüringer Unternehmen so zu  
4 gestalten und zu verbessern, dass sie ihr Entwicklungs- und Innovationspotenzial voll entfalten  
5 können. Es ist der Mittelstand, der den entscheidenden Beitrag zur Schaffung und Sicherung von  
6 Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Thüringen leistet. Die mittelständischen Unternehmen sind  
7 außerordentlich flexibel und innovativ, ihr Mut und Engagement waren die Triebfedern des  
8 bemerkenswerten Wiederaufbaus im Freistaat Thüringen nach 1989. Die nach wie vor immer noch  
9 bestehenden Wettbewerbsnachteile für kleine und mittlere Unternehmen lassen sich nur durch  
10 eine konsequente liberale Mittelstandspolitik beseitigen.

11  
12 Ein fairer Leistungswettbewerb muss gesichert werden. Deshalb sprechen wir uns gegen den  
13 Missbrauch von Marktmacht aus - auch seitens der öffentlichen Hand. Kern unserer sozialen  
14 Marktwirtschaft sind der Schutz des Privateigentums und die Vertragsfreiheit.

15  
16 Wettbewerb macht beweglich, deshalb führt nur die aus einer Wettbewerbssituation resultierende  
17 Konkurrenz von Ideen zu optimalen Lösungen.

18  
19 Steuern und Abgaben sind für die Finanzierung staatlicher Aufgaben unerlässlich. Ihre Erhebung  
20 muss gerecht erfolgen, denn ohne gerechte Besteuerung gibt es keine Leistungsgerechtigkeit und  
21 damit auch keine soziale Gerechtigkeit. Deshalb fordern wir ein einfaches und verständliches  
22 Steuer- und Transfersystem mit konsequenter Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und  
23 Unterstützung bei Bedürftigkeit - bei gleichzeitiger Förderung von Leistungsbereitschaft und  
24 Eigeninitiative. Ausnahmen im Steuerrecht müssen konsequent abgeschafft und alle Menschen  
25 entsprechend ihrer individuellen Leistungsfähigkeit gleichmäßig und gerecht besteuert werden. Die  
26 Unternehmen sollen ihre wirtschaftlichen Entscheidungen unbeeinflusst vom Steuerrecht treffen  
27 können. Eine solche investitions- und leistungsfreundliche Steuerpolitik führt zu mehr Wachstum  
28 und Stabilität in Land und schafft die Grundlage für eine solide Haushaltspolitik.

29  
30 In der Internationalisierung und Stärkung der Thüringer Exportwirtschaft sehen wir eine der  
31 wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik. Steigende Exporte tragen maßgeblich zum  
32 Wirtschaftswachstum bei und sichern Beschäftigung. Für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung  
33 spielt die Anwerbung internationaler Investoren ebenso eine wichtige Rolle wie die Unterstützung  
34 kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Märkte.

35  
36

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 14 von 18

---

1 (9) **Liberale Gesundheitspolitik**

2  
3 Im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik stehen das Wohl und die Gesundheit des Menschen.  
4 Liberale Gesundheitspolitik heißt, die Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung aller Akteure  
5 im Gesundheitswesen zu stärken. Die freie Arztwahl, die freie Krankenhauswahl sowie die  
6 Therapiefreiheit müssen aus unserer Sicht auch zukünftig die zentralen Eckpfeiler eines modernen  
7 patientenorientierten Gesundheitssystems bilden.

8  
9 Der demographische Wandel stellt unser soziales und solidarisches Gesundheitssystem vor  
10 enorme Herausforderungen. Nur durch eine Veränderung der Finanzierungsgrundlagen kann die  
11 Bereitstellung von optimalen medizinischen und pflegerischen Leistungen nachhaltig sichergestellt  
12 werden. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Versicherungspflicht zur Absicherung gegen die  
13 Grundrisiken ein.

14  
15 Neben der Neuausrichtung der Finanzierungsgrundlagen unseres Gesundheitssystems stehen  
16 wir vor der Frage, wie auch in einem Flächenland wie Thüringen die medizinische Versorgung vor  
17 Ort zukünftig erhalten werden kann. Wir streben eine Versorgungslandschaft von ambulanten und  
18 stationären Akteuren an, die belastbar die medizinische Betreuung der Patienten auch in der  
19 Fläche garantiert. Zentrale Elemente sind neben der Verbesserung der Attraktivität des Arztberufes  
20 durch Entbürokratisierung eine angemessene Vergütung sowie attraktivere Arbeitsbedingungen.

21

22 (10) **Verantwortungsvolle Energie- und Umweltpolitik**

23  
24 Die sichere Versorgung mit preisgünstiger und umweltverträglicher Energie gehört zu den  
25 elementaren Lebensquellen unserer Volkswirtschaft. Energie muss auch langfristig verlässlich und  
26 bezahlbar zur Verfügung stehen. Unsere Energiepolitik orientiert sich deshalb an den Zielen  
27 Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit, sie spricht sich gegen  
28 Monopole und für die Kraft des Wettbewerbs aus.

29  
30 Wir bekennen uns zur Energiewende in Deutschland. Deshalb setzen uns dafür ein, dass die  
31 Potenziale regenerativer Energien in Thüringen noch besser erfasst und genutzt werden. Ob Wind-  
32 oder Wasserkraft, Solarenergie oder Geothermie - die Belange der betroffenen Menschen und des  
33 Landschaftsschutzes sind bei der Planung und Genehmigung neuer Anlagen ebenso zu  
34 berücksichtigen wie die wirtschaftlichen Aspekte. Nicht hochsubventionierte, sondern effektive und  
35 intelligente Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien stehen im Fokus unserer Energiepolitik  
36 für Thüringen. Starkstromtrassen, die der Versorgungssicherheit - nicht nur in Thüringen, sondern

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 15 von 18

---

1 in ganz Deutschland - dienen, stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Bei der Planung und  
2 Genehmigung sind die selben Kriterien zugrunde zu legen wie bei den Anlagen zur Gewinnung  
3 regenerativer Energien.

4  
5 Bei der Gewinnung von Energie und Rohstoffen müssen wirtschaftliche und umweltpolitische  
6 Aspekte in Einklang gebracht werden. Die Gewinnung von Schiefergas im sogenannten Fracking-  
7 Verfahren halten wir umweltpolitisch für noch nicht ausgereift. Aus Verantwortung gegenüber  
8 unserer Umwelt, aber auch gegenüber unseren nachfolgenden Generationen, denen wir eine  
9 ohnehin stark geplünderte Erde hinterlassen, lehnen wir das Fracking-Verfahren zum jetzigen  
10 Zeitpunkt ab.

11  
12 Umweltschutz und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen sind für uns von  
13 herausragender Bedeutung. Dabei sind wir der festen Überzeugung, dass Umweltschutz nur im  
14 gesellschaftlichen Konsens mit allen Mitgliedern der Gesellschaft zu erreichen ist. Wir setzen auf  
15 das Informations- und Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen. Dafür soll auch im Bildungswesen  
16 frühzeitig das Verständnis für die Ökologie unserer Heimat vermittelt werden. Freiwillig praktizierter  
17 Umwelt- und Naturschutz garantiert auch unseren Kindern und Enkelkindern, in einer lebenswerten  
18 und gesunden Umwelt leben zu können. Liberaler Umwelt- und Naturschutz ist daher nachhaltig  
19 und sorgt sich um den Erhalt gesunder Lebensbedingungen für Menschen, Flora und Fauna.  
20 Eingriffe in die Umwelt, die durch unser Leben und Arbeiten notwendig sind, sind angemessen  
21 auszugleichen. Liberale Umweltpolitik ist gleichwohl rational: Umweltschutz muss wissenschaftlich  
22 und realitätsorientiert umgesetzt werden.

23  
24 Thüringen hat eine reiche Naturlandschaft, die auf dem überwiegenden Teil der Flächen  
25 bewirtschaftet wird. Der Naturschutz leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der  
26 landschaftlichen und biologischen Vielfalt und Schönheit unseres Landes. Das vorhandene Netz an  
27 Flächen, die den vielfach abgestuften Schutzmechanismen des Naturschutzrechtes unterliegen, ist  
28 im Hinblick auf seine Dauerhaftigkeit zu pflegen und gemeinsam mit den Menschen im Freistaat  
29 weiter zu entwickeln und anzupassen. Dafür setzen wir auf Information und Überzeugungsarbeit,  
30 um auch den europäischen Anforderungen gerecht zu werden.

31  
32 Der ethische Umgang mit Nutz- und Wildtieren aller Art soll sich unserer Meinung nach an den  
33 fünf Freiheiten im Bereich des Tierschutzes orientieren: Freisein von Hunger und Durst, Freisein  
34 von Unbehagen, Freisein von Schmerz, Verletzung und Krankheit, Freisein zum Ausleben einer  
35 normalen und artgerechten Verhaltensweisen, Freisein von Angst und Leiden.

36

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 16 von 18

---

1 Nach unserer Auffassung ist der Wald in Thüringen in erster Linie Wirtschaftswald. Er muss aber  
2 auch den Interessen des Gemeinwohls als Erholungsraum sowie für den Klima-, Trinkwasser- und  
3 Naturschutz dienen. Wir befürworten deshalb eine aktive Forstpolitik zur nachhaltigen  
4 Bewirtschaftung der Wälder in Thüringen.

## 6 (11) Thüringen und Europa

7  
8 *Europa und die Europäische Union (EU) sind gemeinschafts- und friedensstiftend. In Zeiten der*  
9 *Globalisierung ist die EU identitätswahrend. Mit diesen Errungenschaften ist der europäische*  
10 *Integrationsprozess jedoch nicht abgeschlossen. Europa und die EU entwickeln sich permanent*  
11 *weiter. Durch unser politisches Engagement wollen wir auf allen Ebenen aktiv dazu beitragen, dass*  
12 *die positiven Errungenschaften verstärkt und negative Entwicklungen verhindert werden. Denn nur*  
13 *ein stabiles und starkes Europa kann die für Freiheit und Wohlstand der hier lebenden Menschen*  
14 *notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und sicherstellen.*

15  
16 Die Grundpositionen, die ein freies und friedliches Zusammenleben in Europa ermöglichen und  
17 garantieren, sind Rechtsstaatlichkeit, Grundrechtsgarantien, Subsidiarität, Haushaltskonzentration  
18 und Finanzgerechtigkeit. Eine Herausforderung zur weiteren Stärkung Europas besteht für uns  
19 darin, Vielfalt in der Einheit zuzulassen und zu gestalten. Europa und die EU brauchen den  
20 dauerhaften und belastbaren Rückhalt der Menschen. Hier liegt die Chance Europas - und  
21 zugleich seine größte Herausforderung.

22  
23 Aus unserer Sicht ist es deshalb besonders wichtig, regionale Handlungsspielräume und  
24 Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb Europas und der EU zu erhalten. Sie sind ein hoher Wert, der  
25 mehr Gestaltungskraft und Identifikation zulässt. Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein  
26 Problem für Europa. Die Verantwortung liegt oft in der kleinsten Einheit - vor Ort. Was vor Ort  
27 entschieden werden kann, sollte auch vor Ort entschieden werden. Dieser bewährte Weg muss  
28 auch in Europa und in der EU gelten. Denn nicht der Entzug von Verantwortung aus falsch  
29 verstandener Solidarität, sondern die Verteidigung und Durchsetzung gemeinsamer Grundwerte  
30 sind die Basis von Gemeinsamkeit und Stärke in Europa.

31  
32 Auf Grundlage unveräußerlicher europäischer Grundrechte und gemeinsamer Werte ist der  
33 Wettbewerb um die besten Wege und Ideen in den einzelnen Regionen und Ländern aus unserer  
34 Sicht unabdingbar. Die Rolle der europäischen Institutionen besteht darin, Zielvorgaben zu  
35 formulieren und deren Erfüllung zu prüfen. Die Ausgestaltung muss den jeweiligen Regierungen  
36 und Parlamenten in nationaler Eigenverantwortung überlassen bleiben. Das 2007 im Vertrag von

# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 17 von 18

---

1 Lissabon verankerte Subsidiaritätsprinzip muss Anwendung finden und mit Leben erfüllt werden.

2  
3 In diesem Sinne brauchen wir ein starkes EU-Parlament auf der einen und eine zurückhaltende  
4 EU-Kommission auf der anderen Seite. Die Vorhaben der EU-Kommission müssen immer in  
5 Abwägung mit den nationalen Kompetenzen stehen. Denn viele Dinge lassen sich ebenso gut oder  
6 sogar besser auf nationaler Ebene regeln - hier leistet das Subsidiaritätsprinzip gute Dienste.

7  
8 Zur europäischen Integration gehört auch die Möglichkeit, Kompetenzen auf Mitgliedstaaten zurück  
9 zu übertragen, wie zum Beispiel bei der konkreten Ausgestaltung der Regionalpolitik. Gleiches gilt  
10 für die Entflechtung und Reduzierung der Regelungsdichte im Binnenmarkt, im Umweltbereich,  
11 beim Verbraucherschutz sowie in der Energiepolitik.

12  
13 Im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik besteht aus unserer Sicht eine große nationale  
14 Eigenverantwortung, zum Beispiel in der Frage konsolidierter Haushalte und der damit eng  
15 verbundenen Wirtschaftspolitik.

16  
17 Die Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) sollen konsequenter Weise nach einer  
18 Stimmverteilung, die sich am jeweiligen Kapitalanteil der einzelnen Mitgliedsstaaten ausrichtet,  
19 getroffen werden.

20  
21 Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass die öffentlichen Haushalte in Europa konsolidiert sind  
22 oder werden, auch wenn die damit verbundenen Sparmaßnahmen den in den betroffenen Ländern  
23 lebenden Menschen Anstrengungen abverlangen. Aber auch die europäischen Institutionen  
24 müssen Kompetenzen und Ressourcen bündeln und ihre Arbeit effizienter gestalten. So sollte sich  
25 die EU-Kommission auf tatsächlich politisch bedeutsame und notwendige Vorhaben konzentrieren.

26  
27 Für uns ist es selbstverständlich, dass sich die Finanzausstattung der EU am europäischen  
28 Wirtschaftswachstum orientiert. Eine EU-Steuer lehnen wir, auch über den Umweg der Beteiligung  
29 an nationalen Steuern, ab.

30  
31 Ein einiges Europa ist eine große Aufgabe, für die es sich nach unserer Auffassung zu kämpfen  
32 lohnt. Es ist jedoch auf den Rückhalt der Menschen in allen Mitgliedsstaaten angewiesen.  
33 Europa-Skeptikern, die ein Übermaß an Regulierungsmaßnahmen oder einen Mangel an  
34 politischen Einflussmöglichkeiten auf europäische Entscheidungen empfinden, zeigen wir mit  
35 unserer liberalen Europapolitik die vielfältigen Potenziale eines freien und liberalen Europas auf.

36



# Weimarer Manifest der Freiheit

Alternativer Entwurf zum Grundsatzprogramm der Liberalen in Thüringen

---

Seite 18 von 18

---

1 Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und politische Kultur, Toleranz und die Wahrung der  
2 Menschenrechte sind die notwendigen Grundlagen für das Zusammenleben und die gemeinsame  
3 Politik in Europa. Wir erfüllen die damit einhergehenden Verpflichtungen und sind bereit, auf allen  
4 politischen Ebenen Verantwortung zu übernehmen: In den Kommunen, den Kreisen und im Land,  
5 im Bund sowie in Europa.

## 6 7 **IV. Schlusswort**

8  
9 *Liberale Zukunftspolitik schützt die Freiheit des Einzelnen und vertraut auf die Bereitschaft der*  
10 *Menschen zur Übernahme persönlicher Verantwortung. Ihr Ziel ist die Durchsetzung und*  
11 *Verteidigung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Weil wir damit nur die Eckpfeiler staatlicher*  
12 *Einflussgrenzen umreißen und keine inhaltlichen Vorgaben für individuelles oder*  
13 *gemeinschaftliches Handeln machen, handelt es sich bei unserer Zukunftspolitik nicht um eine*  
14 *ferne, weltanschauliche Utopie, sondern um gelebte Demokratie.*

15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 1

---

Antragsinhalt: „Bildung stärken – vakante Schulleiterstellen schneller besetzen“

Antragsteller: KV Greiz, KV Nordhausen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich der Öffentlichkeit ein tragfähiges
- 2 Konzept zur schnelleren Wiederbesetzung freier Schulleiterstellen an den Thüringer Schulen
- 3 vorzulegen. Die Freie Demokratische Partei fordert die Landesregierung auf, für eine
- 4 unverzügliche Neubesetzung, spätestens jedoch innerhalb von 6 Monaten, zu sorgen.

Begründung:

Aus Landtagsdrucksache 5/5395 (Beantwortung der Kleinen Anfrage 2646 Bergner/Hitzing) geht hervor, dass an staatlichen Thüringer Schulen 58 Schulleiterstellen nicht besetzt sind. Der Verdacht drängt sich auf, dass die verspätete Wiederbesetzung zumindest teilweise als probates Mittel zur Einsparung zu Lasten der betroffenen Lehrer, Schüler und Eltern missbraucht werden könnte.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 2

---

Antragsinhalt: „Bedarfsgerechte Bildung für Kinder statt Inklusion mit der  
Brechstange“

Antragsteller: KV Greiz, KV Nordhausen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen spricht sich entschieden für die Beibehaltung und Entwicklung einer
- 2 bedarfsgerechten Bildung für Kinder aus, anstatt Inklusion „mit der Brechstange“ zu Lasten
- 3 bestehender und bewährter Fördereinrichtungen durchzusetzen. Die Mehrzahl der
- 4 bestehenden Förderschulen und entsprechenden Einrichtungen bietet den bedürftigen
- 5 Heranwachsenden ein hohes Maß an individueller Förderung und ein maßgeschneidertes
- 6 Bildungsniveau, das durch einen breiten Aufbau der Inklusion so im Einzelfall nicht erreicht
- 7 werden kann.

Begründung:

Inklusion ist von der Sache her richtig doch:

Wir haben den dritten Schritt vor dem ersten gemacht. Unsere Förderschulen sind bestens ausgestattet, haben vorzügliches Lehrpersonal, um betreffende Kinder zu fördern. Diese Pädagogen müssen nun an verschiedenen Schulen mit teils ungenügenden sächlichen Mitteln unterrichten.

Die Thüringer Liberalen stellen Angebote der Inklusion nicht grundsätzlich in Abrede, vertreten aber die Auffassung, dass in vielen Fällen Bedürftige eine besonders spezifische Zuwendung brauchen, wie sie durch die formale Umsetzung von Inklusion im regulären Schulunterricht nicht geleistet werden können. Es gibt viele „besondere Kinder“, die aufgrund ihres hohen persönlichen Förderbedarfs in inklusiven Einrichtungen benachteiligt wären, weniger persönliche Erfolgserlebnisse hätten. Ihnen zuliebe muss das hohe Niveau Thüringer Fördereinrichtungen mit ihrem speziell geschulten Pädagogen erhalten bleiben.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 3

---

Antragsinhalt: Personalentwicklungskonzept für die Lehr- und Fachkräfte an  
Thüringer Schulen

Antragsteller: KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Thüringer FDP-Landtagsfraktion auf, ein belastbares und finanzierbares
- 2 Personalentwicklungskonzept für die Lehr- und Fachkräfte an Thüringer Schulen vorzulegen,
- 3 das dafür Sorge trägt,
  
- 4 - dass die Zahl der Ausfallstunden an Unterricht drastisch reduziert werden kann,
  
- 5 - dass über einen Lehrkräftepool/ eine Personalreserve die Möglichkeit geschaffen
- 6 wird, auch kurzfristig fachgerechte Unterrichtsvertretungen anbieten zu können,
  
- 7 - dass der tatsächliche Bedarf an Lehr- und Fachpersonal in Ballungsgebieten und
- 8 dem ländlichen Raum unterschiedlich bewertet, zugewiesen und so der
- 9 demografischen Entwicklung Rechnung getragen wird und
  
- 10 - dass eine konsequente Verjüngung des Personalkaders an Thüringens Schulen
- 11 stattfindet, damit sich langfristig und nachhaltig eine gesunde Altersstruktur in den
- 12 Kollegien entwickelt und somit die künftigen Unterrichts- und Schülerentwicklungen
- 13 optimal unterstützt werden können.
  
- 14 Die soll den Wählern in Vorbereitung der Landtagswahlen im Jahr 2014 deutlich machen,
- 15 wie wir dem Personalkollaps an Thüringer Schulen, der durch Altersteilzeit- und
- 16 Ruhestandsregelungen heute schon droht, entgegenwirken wollen.

Begründung:

Im Antrag Nr. 4 des KV Greiz vom 25. Ordentlichen Landesparteitag in 2012 wurde bereits die Landesregierung beauftragt, ein solches Konzept zu erarbeiten, jedoch ist bis zum heutigen Tag kein Ergebnis vorgelegt worden. Im Gegenteil hat die jetzige Regierungskoalition mit der geplanten Schaffung von jährlich lediglich 400 Stellen für Lehrer und Erzieher klar die Weichen in Richtung Konsolidierung der untragbaren Zustände an den Thüringer Schulen gestellt. Insofern erachten wir es als wichtig, dass die FDP Landtagsfraktion selbst die Initiative ergreift und ihrerseits einen Konzeptentwurf der Thüringer Landesregierung zur Beschlussfassung vorlegt.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 4

---

Antragsinhalt: Effektive Strukturen für Thüringen

Antragsteller: Thomas Vollmar, KV Hildburghausen, KV Erfurt, KV Jena

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Freistaat Thüringen ist hoch verschuldet und die aktuelle Landesregierung zeigt sich
- 2 unfähig, die finanzielle Negativbilanz Thüringens anders zu senken, als zu Lasten der Kreise
- 3 und Kommunen.
  
- 4 Die FDP Thüringen anerkennt aber, dass der Freistaat Thüringen derzeit bezogen auf die
- 5 Bevölkerungsgröße die kleinteiligste Gebietsstruktur der Bundesrepublik unterhält. Die
- 6 Thüringer Kreise und Kommunen finanzieren sich zu einem sehr großen Teil aus
- 7 Zuwendungen des Landes, welche immer weiter sinken werden. Die demographische
- 8 Entwicklung Thüringens zeigt dabei an, dass nicht nur die Bevölkerungszahl sinken wird,
- 9 sondern insbesondere die Steuerkraft einzubrechen droht.
  
- 10 Im gesamten öffentlichen Dienst Thüringens -so auch in Landratsämtern und Rathäusern-
- 11 lässt die aktuelle Altersstruktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwarten, dass in den
- 12 kommenden zwei Jahrzehnten zahlenmäßig ein entscheidender Teil aus dem Dienst
- 13 ausscheiden wird. Dieser Verlust an Arbeitskraft wird auch im öffentlichen Dienst Thüringens
- 14 aufgrund der Demographie nicht oder nur unter enormen Kostensteigerungen zu ersetzen
- 15 sein.
  
- 16 Für die FDP Thüringen ergibt sich daraus die Notwendigkeit umfassender Reformen, die
- 17 auch Verwaltungs- und Gebietsstrukturen betreffen können.
  
- 18 Solche unvermeidbaren Reformen müssen mit einer Aufgabenkritik beginnen, welche
- 19 einerseits die Notwendig- und Sinnhaftigkeiten derzeitiger Verwaltungsakte überprüft und
- 20 deren Vollzug Behörden auferlegt, welche diese dann auch bewältigen können. Dabei muss
- 21 eine entsprechende Finanzierung, aber auch -unter dem Eindruck der demografischen
- 22 Entwicklung- die personelle Tragfähigkeit sichergestellt sein.
  
- 23 Eine mögliche Gebietsreform darf nach Auffassung der Liberalen nur im Einvernehmen mit
- 24 den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vorgenommen werden. Dabei sind insbesondere
- 25 plebiszitäre Entscheidungen zu treffen. Die Thüringer FDP spricht sich gegen verordnete
- 26 quantitative Grenzen neuer Strukturen aus. Qualitativ muss aber insbesondere die finanzielle
- 27 Eigenständigkeit neuer Strukturen sowohl auf kommunaler, als auch auf Kreisebene
- 28 nachgewiesen werden. Es hat kein Kriterium zu sein, ob diverse Zentren gestärkt,
- 29 geschwächt oder von wem regiert werden. Satzungs-, Planungs- und Haushaltshoheiten
- 30 sind verwaltungsunabhängig so zu gestalten, dass regionale Identitäten erhalten
- 31 bleiben(Beispiele: erfüllende Gemeinde oder VG). Strukturen solcher Art sollen auch auf
- 32 Kreisebene möglich werden – mehrere Kreistage, ein Landratsamt. Dabei ist sicherzustellen,
- 33 dass Wege für die Bürgerinnen und Bürger nicht unzumutbar lang werden, was man durch
- 34 die dezentrale Einrichtung von Bürgerbüros und Sprechzeiten einfach sicherstellen kann.

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 4

---

Antragsinhalt: Effektive Strukturen für Thüringen

Antragsteller: Thomas Vollmar, KV Hildburghausen, KV Erfurt, KV Jena

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

35 Eine ewige Dauerfinanzierung kommunaler Körperschaften durch das Land lehnen die  
36 Thüringer Liberalen ab. In einer Übergangszeit von 10 bis 15 Jahren sollen diese ihre  
37 finanzielle Eigenständigkeit erlangen. Wenn sich Körperschaften dabei zusammenschließen  
38 wollen oder müssen, soll ihnen das unter Voraussetzung eines Nachweises der dauerhaften  
39 und eigenständigen Leistungsfähigkeit ermöglicht werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 5

Antragsinhalt: „Strafvollzugskonzept auf den Prüfstand – Fakten statt Behauptungen!“

Antragsteller: KV Greiz, KV Gera, KV Saalfeld-Rudolstadt

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Thüringer Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich das im Februar medial
- 2 vorgestellte Strafvollzugskonzept einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und
- 3 insbesondere dem Justiz- und Verfassungsausschuss prüfbar nachzuweisen,
  
- 4 1. auf welcher Grundlage die prognostizierten Häftlingszahlen beruhen,
- 5 2. welche Kostenannahmen, Kostenschätzungen und Kostenberechnungen den
- 6 behaupteten Effizienzgewinn eines gemeinsamen JVA-Neubaus mit Sachsen in
- 7 Sachsen prüfbar begründen,
- 8 3. welche Voraussetzungen und Unterlagen durch die Thüringer Landesregierung
- 9 geprüft worden sind, bevor sie den Zuschlag für einen sächsischen Standort
- 10 beschloss,
- 11 4. welche Variantenvergleiche durchgeführt worden sind.
  
- 12 Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, die vorhandenen Standorte auf die
- 13 Möglichkeiten ihrer Ertüchtigung und der Herstellung der erforderlichen rechtskonformen
- 14 Kapazitäten im Bestand zu prüfen, bevor die endgültige Entscheidung fällt.

Begründung:

Die aktuellen Kritiken zum geplanten Neubau einer gemeinsamen JVA Westsachsen/Ostthüringen nähren zunehmend Zweifel an der soliden und vor allem grundlegenden Vorbereitung der Maßnahme. Insbesondere wurde seitens der Landesregierung vor dem Kabinettsbeschluss nicht geprüft, inwieweit hinreichende Vorverträge zum Grunderwerb getroffen worden sind (vgl. auch Antwort der Landesregierung auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bergner [FDP] in Drucksache 5/5507). Die Kritik des Thüringer Rechnungshofs, der u.a. die Anzahl der Hafträume sowie das fehlende Gesamtkonzept für die Entwicklung der Thüringer Justizvollzugsanstalten kritisiert, nährt ebenfalls die beschriebenen Zweifel und bedarf einer gründlichen Klärung im Sinne des sorgsamsten Umgangs mit Steuergeldern. Insbesondere bedarf die Frage der grundlegenden Prüfung, ob und inwieweit Varianten ernsthaft und prüfbar untersucht worden sind. Dazu gehört auch und insbesondere mit Blick auf die denkbare Einsparung zusätzlicher Flächenversiegelungen die Prüfung vorhandener Anlagen auf ihre Erweiterungsfähigkeit im Bestand bei gleichzeitiger Evaluierung der prognostizierten Belegungszahlen. Insbesondere die bestehenden Justizvollzugsanstalten Gera und Hohenleuben sind offenkundig nicht ausreichend darauf hin geprüft worden, ob ggf. auf den vorhandenen Flächen rechtskonforme und zeitgemäße Haftkapazitäten geschaffen werden können.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 6

---

Antragsinhalt: Bürgernähe sichern

Antragsteller: KV Greiz

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landesregierung wird aufgefordert, vor Planungen für eine Kreisgebietsreform die
- 2 Strukturen der Landesbehörden zu straffen, Doppelstrukturen zu beseitigen, Aufgabenkritik
- 3 durchzuführen und alle innerhalb dieses Prozesses erkannten Einsparungen umzusetzen.

Begründung:

1. Im Jahr 1994 fand eine Kreisgebietsreform statt. In diesem Zusammenhang erfolgte neben einem massiven Personalabbau auf Kreisebene auch der Aufbau effizienter kommunaler Strukturen zwischen den Kreisen. Auf Landesebene steht dieser Restrukturierungsprozess aus. Deshalb sind vorerst dringlich dort vorhandene Reserven aufzudecken und zu heben.

2. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung in den 1994 geschaffenen Kreisen entstand in einem Prozess, der ca. 20 Jahre brauchte. Größere Flächenstrukturen führen zu größeren Entfernungen für handelnde Personen; landsmannschaftliche Bindungen sind nicht automatisch vorhanden. Dadurch steht die Gefahr im Raum, dass das politische Interesse an der Kreisentwicklung nachlässt.

3. Die Entwicklungen des E-Government sind auch in den nächsten Jahren nicht so weit, dass alle Bevölkerungsgruppen und –schichten aktiv an den demokratischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und sich einbringen können. Ehrenamtliches bürgerliches Engagement braucht räumliche Beherrschbarkeit.

4. Erfahrungen aus Sachsen und Sachsen-Anhalt beweisen, dass keine finanziellen Einspareffekte durch eine Kreisgebietsreform entstehen.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 7

---

Antragsinhalt: Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

Antragsteller: KV Jena

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert den Bundesgesetzgeber auf, durch eine Novellierung des
- 2 Kreislaufwirtschaftsgesetzes eine Chancengleichheit zwischen gewerblichen und
- 3 kommunalen Entsorgern von Müll herzustellen.

Begründung:

Das neue Gesetz hat die Position der Kommunen beim Zugriff auf Wertstoffe gestärkt und den gewerblichen Entsorgern hohe Zulassungskriterien auferlegt.

Gleiche Bedingungen zwischen privaten und öffentlichen Entsorgern könnten jedoch für Wettbewerb und damit zu niedrigeren Müllgebühren und einem größeren Serviceangebot führen.

Darüber hinaus ist zu vermuten, dass diese Regelungen im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz gegen Europarecht, das auf Wettbewerb und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistung ausgerichtet ist, verstoßen.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 8

Antragsinhalt: Änderung der Rundfunkbeitragsordnung

Antragsteller: KV Jena, VLK Thüringen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringer fordert die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen auf, auf Ebene
- 2 der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder die zum 1. Januar 2013 wirksam gewordene
- 3 Neuregelung des Rundfunkbeitrages dahingehend zu korrigieren, dass für Kommunen eine
- 4 pauschalisierte Beitragsbemessung in Höhe der bisherigen Rundfunkgebühr zur Anwendung
- 5 kommt.
  
- 6 Die zur Überprüfung der Aufkommensneutralität vorgesehene Evaluation der neuen
- 7 Rundfunkbeitragsordnung erst nach zwei Jahren ist für die FDP Thüringen wegen der hohen
- 8 Mehrbelastungen nicht hinnehmbar.

Begründung:

Die mit Beginn des Jahres 2013 in Kraft getretene neue Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verursacht bei Städten und Gemeinden deutlich höhere Beiträge. Die bei den Städten und Gemeinden eingehenden Beitragsbescheide bestätigen die überproportionalen Belastungen der kommunalen Haushalte. Anders als in Privathaushalten, wo pro Wohnung ein Beitrag fällig wird, müssen die Kommunen jetzt ihre Beiträge entsprechend der Anzahl ihrer Dienststellen und Betriebsstätten unter Berücksichtigung der dort Beschäftigten und nach der Anzahl ihrer Kraftfahrzeuge bezahlen. Damit sind die Rundfunkbeiträge deutlich höher als bislang die Rundfunkgebühren.

Nach Angaben des Deutschen Städtetages beträgt der neue Rundfunkbeitrag in Einzelfällen das 13fache der bisherigen Kosten. Dieses Geld fehlt den Kommunen bei anderen, dringlichen Aufgaben.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 9

---

Antragsinhalt: Trinkwasserversorgung bleibt kommunale Aufgabe

Antragsteller: KV Jena, VLK Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert die Allianz der Liberalen und Demokraten im Europäischen
- 2 Parlament auf, sich bei der weiteren Beratung des Richtlinienvorschlages zur
- 3 Konzessionsvergabe im Europäischen Parlament dafür einzusetzen, dass der Bereich der
- 4 öffentlichen Daseinsfürsorge Trinkwasser aus den Richtlinien herausgenommen wird.

Begründung:

Der Richtlinienvorschlag beinhaltet neue Regeln zur Konzessionsvergabe, die vom Grundsatz einer Privatisierung bzw. Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen geprägt sind. Sie wurden von der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Der Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments hat bereits grundsätzlich dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zugestimmt. Mit den abschließenden Beratungen und der Verabschiedung der Richtlinien im Europäischen Parlament wird bis zum Sommer 2013 gerechnet.

Mit der Richtlinie sollen für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen europaweit einheitliche Vergaberegelungen geschaffen werden. Die kommunalen Spitzenverbände in Deutschland befürchten im Bereich der Wasserwirtschaft einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

Die Wasserwirtschaft in Deutschland ist sehr gut organisiert. Durch die Richtlinie ist zu befürchten, dass interkommunale Zusammenarbeit erschwert wird. Kleine Kommunen könnten verpflichtet werden, ihre Wasserversorgung europaweit auszuschreiben, statt diese Aufgabe unkompliziert durch Zusammenarbeit mit Aufgabenträgern der Nachbargemeinden zu lösen.

Eine zwingende Ausschreibung lässt sich nur rechtfertigen, wenn auch WETTBEWERB bei einer möglichen Privatisierung hergestellt werden kann. Wie in der Wasserwirtschaft Wettbewerb hergestellt werden kann, wurde noch nie überzeugend dargestellt. Nur der Wettbewerb zwingt zu einer verbraucherfreundlichen Preisbildung. Ohne Wettbewerb sind Kostenpreise eines öffentlichen Gebührenhaushaltes immer noch die bessere Lösung.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 10

---

Antragsinhalt: Bestattungswälder in Thüringen erlauben

Antragsteller: Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Bereits seit 2001 gibt es die Möglichkeit einer letzten Ruhestätte auch außerhalb von  
2 Friedhofsmauern, in den so genannten Fried- oder Bestattungswäldern. Dabei wird die  
3 Asche des Verstorbenen zu den Wurzeln eines Baumes in einem öffentlich zugänglichen  
4 Wald gegeben und entsprechend gekennzeichnet. In den Gesetzen des Freistaates  
5 Thüringen wurde diese Regelung bisher leider noch nicht verankert.

6 Die FDP Thüringen fordert daher im Thüringer Bestattungsgesetz die Bestattungsmöglichkeit  
7 in so genannten Bestattungswäldern bzw. "Friedwäldern" zu verankern. Sofern andere  
8 Bestattungsarten nicht gegen sonstige rechtliche Vorschriften verstoßen, sind sie zu  
9 erlauben.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 11

---

Antragsinhalt:           Abschaffung der Landesbeauftragten

Antragsteller:           Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen sieht das zunehmende Beauftragtenwesen kritisch. Die von den
- 2 Beauftragten wahrgenommenen Aufgaben sollten eine Selbstverständlichkeit für alle Teile
- 3 der Thüringer Landesverwaltung sein und nicht zum Versorgungsposten für gescheiterte
- 4 Landtagsabgeordnete verkommen. Auch die sonstigen Beauftragten lassen sich problemlos
- 5 einsparen.
  
- 6 Die FDP Thüringen fordert daher die Abschaffung
  
- 7 § des Ausländerbeauftragten
  
- 8 § des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen
  
- 9 § der Beauftragten für Gleichstellung von Frau und Mann beim Ministerium für Soziales,
- 10 Familie und Gesundheit
  
- 11 § der Bürgerbeauftragten
  
- 12 § der Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des
- 13 Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (TLStU)
  
- 14 § des Thüringer Beauftragten für den Datenschutz und
  
- 15 § des Generationenbeauftragten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

---

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 12

---

Antragsinhalt: Onlineklagen einführen  
Antragsteller: Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordern die bundesweite Einführung der Möglichkeit, Klagen bei Gericht
- 2 über das Internet einzureichen. Diese Möglichkeit hat sich in einem Modellversuch in Hessen
- 3 bewährt und bietet den Bürgern die Chance, ihre Möglichkeiten des Rechtsschutzes effektiv
- 4 wahrnehmen zu können.
  
- 5 Eine bundesweite Einführung dieser Klagemöglichkeit führt zu einem erheblichen
- 6 Bürokratieabbau in der Justiz und stellt eine Stärkung unseres Rechtsstaats dar.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 13

---

Antragsinhalt: Konnexitätsprinzip in die Verfassung

Antragsteller: KV Nordhausen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich für die Einführung eines echten Konnexitätsprinzips im
- 2 Grundgesetz und der Verfassung des Freistaates Thüringen ein.

Begründung:

Es ist ein guter Grundsatz, dass der, wer etwas bestellt auch dieses zu bezahlen hat.

In der Vergangenheit wurden aber auf Bundes- und Landesebene häufig Entscheidungen getroffen, die zu neuen gesetzlichen Aufgaben und einem damit verbundenen Ausgabenzwang auf kommunaler Ebene geführt haben, ohne dass finanzielle Mittel durch Bund oder Land zur Verfügung gestellt wurden.

Aufgrund der Sparzwänge auf Bundes- und Landesebene ist das Risiko groß, dass sich diese Situation immer mehr verschärfen wird.

Gerade im Sozialbereich kam es zu extremen Ausgabensteigerungen.

Ausgaben im Sozialbereich sind eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Eine ausreichende finanzielle Ausstattung und dauerhafte Leistungsfähigkeit der Kommunen ist für eine gute Entwicklung in unserem Bundesland aber unerlässlich.

Die kommunale Selbstverwaltung ist bedroht, wenn immer neuen Aufgaben keine ausreichende Finanzierung gegenübersteht.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 14

---

Antragsinhalt: Finanzierung Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten  
Antragsteller: KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Umstieg in der Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk- und
- 2 Fernsehanstalten vom bisherigen und umstrittenen Gebührenmodell hin zu einer gänzlich
- 3 Bezahlung aus Steuermitteln.
  
- 4 Was wir nicht brauchen sind Öffentlich-Rechtliche Sender, die sich im Preiskampf um
- 5 Übertragungsrechte und Persönlichkeiten mit Privatsendern messen. Die wirklich starken
- 6 Seiten der Öffentlich-Rechtlichen sind im Bereich Bildung, Dokumentation, Werbefreie Zone,
- 7 unabhängige politische Berichterstattung und Kulturpflege zu sehen und auszubauen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 15

---

Antragsinhalt:           Integration von Fernverkehrsleistungen mit dem Nahverkehr auf der  
                                  Saalbahn

Antragsteller:           KV Jena

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung des Freistaates Thüringen auf in
- 2 Abstimmung mit den Aufgabenträgern des Nahverkehrs, der DB Netz AG und der DB
- 3 Fernverkehr AG auf der Saalbahn eine Integration von Fernverkehrsleistungen zum
- 4 Nahverkehrstarif im Nahverkehrstakt vorzunehmen. Der wirtschaftliche Nachteil durch den
- 5 niedrigeren Nahverkehrstarif in den Fernverkehrszügen ist vom Land auszugleichen.
  
- 6 Die überregionale Fernverkehrslinie muss zeitlich optimal in einen Nahverkehrstakt integriert
- 7 werden können und die Nachfrage zum Nahverkehr von den Fernverkehrsfahrzeugen
- 8 abgedeckt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 16

---

Antragsinhalt: Bürgergeld statt Mindestlohn

Antragsteller: KV Nordhausen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Einen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn lehnt die FDP Thüringen entschieden ab
- 2 und unterstützt die Forderungen zur Einführung des Bürgergeldmodells.

Begründung:

Die Einführung von Mindestlöhnen wäre purer Populismus, aber eben keine sinnvolle Sozialpolitik. Tatsächlich nämlich vernichten Mindestlöhne, die über dem Marktpreis liegen, Arbeitsplätze, während Mindestlöhne, die unter dem Marktpreis liegen, wirkungslos bleiben. Vergleiche im europäischen Raum zeigen, dass in Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn die Jugendarbeitslosigkeit wesentlich höher liegt als in Ländern ohne Mindestlohn.

Die Lebenshaltungs-, aber auch Lohnkosten sind in der Bundesrepublik Deutschland regional zu unterschiedlich, als dass ein flächendeckender Mindestlohn alle regionale Unterschiede hinreichend berücksichtigen könnte insbesondere in strukturschwachen Regionen, sind kleinere und mittelständische Betriebe nicht in der Lage, den politisch geforderten Mindestlohn zu zahlen. Das Ergebnis wären Verteuerungen der Produkte und Dienstleistungen in ohnehin einkommensschwachen Regionen sowie eine weitere Verschärfung der dort ohnehin prekären Lage am Arbeitsmarkt.

Das Bürgergeldmodell steht als vernünftige Alternative im Sinne unseres liberalen Menschenbildes, unseres Verständnisses von wirklicher sozialer Marktwirtschaft und unseres Einsatzes für mehr Leistungsgerechtigkeit.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 17

Antragsinhalt: Wohnen in Thüringen – „Marktkonforme Konzepte statt dirigistischer Maßnahmen“

Antragsteller: KV Erfurt

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Landesparteitag wird aufgefordert, sich mit dem Thema - Wohnen in 1 Thüringen – unter  
2 dem Schwerpunkt „Marktkonforme Konzepte statt dirigistischer Maßnahmen“ auseinander zu  
3 setzen um der gefühlten wie der tatsächlichen Wohnraumverknappung zu begegnen. Die  
4 Flut an Regularien und Vorschriften bei Wohnungsneubau und -sanierung in Deutschland  
5 erhöht die Baukosten und trägt zu Mietsteigerungen bei. Weitere regulierende Verordnungen  
6 wie Mietpreisdeckelungen machen den Wohnungsmarkt noch unflexibler, erschweren den  
7 Ausgleich von Angebot und Nachfrage über den Marktpreis, verringern die für Neubau und  
8 Sanierungen notwendigen Mittel und tragen so zusätzlich zur Wohnungsverknappung bei.  
9 Eine weitere Beschränkung der Maklerprovision als bisher gesetzlich vorgesehen für die  
10 Vermittlung eines Mietobjekts oder die Bestimmung, dass diese grundsätzlich vom Vermieter  
11 zu tragen sei, würden nur dazu führen, dass die Courtagen auf die Mieten umgelegt werden.

12 Eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus ist für die meisten Kommunen nicht bezahl-  
13 bar, ohne die folgenden Generationen mit Schulden massiv zu belasten, und senkt zudem  
14 den Anreiz für privatwirtschaftliche Investitionen in Immobilien. Deshalb sind die  
15 Forderungen nach weiteren staatlichen Eingriffen in den Wohnungsmarkt klar abzulehnen.  
16 Vielmehr sind Anreize für private Investoren zu setzen, damit diese zügig sowie bezahlbar  
17 bauen können und wollen. Nichtsdestotrotz stehen die Kommunen in der Pflicht, über ein  
18 zukunftsweisendes Quartiersmanagement die gute Durchmischung der Bevölkerungs-  
19 gruppen zu wahren.

20 Um den steigenden Bedarf an Wohnraum in Städten zeitnah durch Neubau und Sanierung  
21 befriedigen zu können, müssen deshalb Ausbau- und Sanierungsstandards (beispielsweise  
22 Anforderungen beim Schallschutz) im Kosten-Nutzen-Verhältnis reduziert werden. Dies  
23 beschleunigt die Umsetzung von Bauvorhaben und reduziert die Kosten, die dann nicht auf  
24 den Mieter umgelegt werden müssen. Insbesondere die baulichen Vorschriften zum  
25 Klimaschutz müssen finanzierbar und sozialverträglich ausgestaltet sein. Eine weitere  
26 Verringerung des Heizenergieverbrauchs durch eine Verschärfung der Energie-  
27 einsparverordnung ist nur unter enormen technischen Aufwendungen und unwirtschaftlich  
28 hohen Bau- und Unterhaltungskosten möglich, würde die Mieten also zusätzlich ansteigen  
29 lassen. Vielmehr müssen hier integrierte Konzepte der dezentralen Energieerzeugung und -  
30 speicherung verstärkt angewendet und gefördert werden, um die Klimaschutzziele im  
31 Wohnungsbau nicht nur über eine möglichst dicke Dämmung von Gebäuden zu erreichen.  
32 Dämmsysteme müssen mit wissenschaftlichen Methoden auf ihre Wirksamkeit und Kosten-  
33 Nutzen-Relation sowie ökologische Folgekosten hin untersucht werden, damit sich  
34 wirkungsvolle, aber dabei auch wirtschaftliche Dämmmaterialien und -systeme durchsetzen.

35 Auch Land und Kommunen können zur Beschleunigung von Bauvorhaben beitragen, indem  
36 bei der Stadtplanung Quartiere für den Wohnungsbau ausgewiesen, Bauflächen zügig  
37 freigegeben, Antrags- und Genehmigungsverfahren verkürzt und zügiger bearbeitet werden.  
38 Vorschriften des Denkmal- und Umweltschutzes sowie der Bürgerbeteiligung sind wichtig,  
39 um Kultur- und Naturgüter zu erhalten sowie Akzeptanz für Bauprojekte in der Bevölkerung

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

**Seite 2 von 2**

**ANTRAG-NR. 17**

---

Antragsinhalt:           Wohnen in Thüringen – „Marktkonforme Konzepte statt dirigistischer  
                                  Maßnahmen“

Antragsteller:           KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

40 herzustellen, allerdings dürfen sie nicht missbraucht werden, um ideologisch motivierte  
41 Einzelinteressen zu Lasten des Wohnungs- und Immobilienmarktes durchzusetzen. Das  
42 Gleiche gilt für die Vorschriften zur energetischen Sanierung, die flexibler gehandhabt und  
43 technologieoffen formuliert werden müssen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 18

---

Antragsinhalt: Fälligkeitsdatum Sozialversicherungsabgaben verlegen

Antragsteller: KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landespartei wird aufgefordert, die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge wieder auf
- 2 den 10. des Folgemonats zu verlegen. Dadurch fielen Umsatzsteuer und Sozialabgaben
- 3 wieder auf einen gemeinsamen Termin, bürokratischer Aufwand wird gesenkt und die
- 4 Liquidität der Unternehmen erhöht.

Begründung:

Angesichts der erheblichen Überschüsse in der sozialen Altersvorsorge, sollte die 2006 von der Bundesregierung beschlossene Vorkasse der Beiträge wieder rückgängig gemacht werden und der Entzug von Liquidität in den Unternehmen beendet werden.

Gleichzeitig würden die Unternehmen von Bürokratie entlastet, denn die Regelung, nach der SV-Beiträge zum fünftletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats gemeldet und zwei Tage später gezahlt werden müssen, macht Korrekturen und Rückzahlungen notwendig und sorgt damit in Personal- und Steuerbüros für unnötigen Mehraufwand. Gerade bei Stundenlöhnen muss die zu meldende Summe oft geschätzt und im nächsten Monat korrigiert werden. Für Unternehmen und Einzugsstellen bedeutet das einen erheblichen bürokratischen Aufwand.

Der Liberale Mittelstand fordert deshalb, die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge auf den 10. des Folgemonats zurück zu verlegen.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 19

---

Antragsinhalt:           Strompreise für Verbraucher bezahlbar gestalten

Antragsteller:           KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Landesvorstand auf, sich für Strompreise einzusetzen, die für die
- 2 Verbraucher bezahlbar bleiben. Die Absenkung der Ökosteuern ist dabei eine Sofort-
- 3 maßnahme, Verbraucher direkt zu entlasten. Folgende Punkte sind zu berücksichtigen:
  
- 4 1. Die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer, die über die Erhöhung der EEG Umlage
- 5 anfallen, sind umgehend in die Absenkung der Stromsteuer zu überführen.
  
- 6 2. Die EEG-Umlage ist von sachfremden Umlagebestandteilen zu befreien. Dazu gehören die
- 7 Liquiditätsreserve und die Kosten für den rasanten Ausbau von Photovoltaikanlagen.
  
- 8 3. Ausnahmetatbestände für Großbetriebe bzw. energieintensive Betriebe sind auf ein
- 9 volkswirtschaftlich verträgliches Maß abzusenken und müssen zukünftig über Steuermittel
- 10 finanziert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 20

---

Antragsinhalt: Ablehnung Mindestlohn

Antragsteller: KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Landesvorstand auf, sich strikt gegen die Einführung eines Gesetzlichen
- 2 Mindestlohnes sowohl im Land Thüringen, als auch auf Bundesebene auszusprechen.

Begründung:

Immer mehr bekennen sich die Parteigremien von SPD, CDU, Linken usw. im Zuge des Wahlkampfes zur Überlegung der Einführung des Mindestlohnes über das bestehende Entsende- und Entgeltgesetz hinaus. Tarifliche Vereinbarungen werden mit der Einführung eines solchen Gesetzes unglaublich, zum Teil sogar ungültig. Die Rechtschaffenheit der Gewerkschaften laut Grundgesetz wird damit in Frage gestellt.

Ebenso ist mit der Einführung eines Mindestlohnes auf Bundes- und Länderebene eine massive Steigerung der Personalkosten in den Unternehmen des Mittelstandes zu erwarten, was eine Flucht in die 450€ Entlohnung bei vielen Betrieben zur Folge haben wird, die Anzahl der Arbeitslosen drastisch steigern würde und die Sozialkassen in einem erheblichen Maße belasten würde.

Sowohl das Land Thüringen, als auch die Bundesrepublik Deutschland würden dem Ziel der Schuldenreduzierung fernab bleiben, die Umsetzung wird Ihre Wirkung deutlich verfehlen.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 21

---

Antragsinhalt: Einführung einer bundesweiten Lohnuntergrenze

Antragsteller: Dr. Wolfgang Maruschky, Kreisvorstand Saale-Holzland-Kreis

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der FDP Thüringen vertritt den Standpunkt, dass sich die FDP im Bundestag der Initiative
- 2 zur Einführung einer bundesweiten Lohnuntergrenze anschließen, dabei aber eine
- 3 Flexibilisierung zulassen, bezogen auf eine höhere Leistungsbezogenheit.

Begründung:

- Wenn ein Bürger in einem Arbeitsrechtsverhältnis steht, muss mit seiner Arbeit und seiner Leistung auch ein Einkommen haben, was nicht durch den Staat noch sozial gefördert werden darf;
- Der Niedrig-Lohnsektor, und das vor allem im Osten von Deutschland, hat sich seit 10 Jahren rasant ausgedehnt. 21,4 % aller Beschäftigten leben von Niedriglöhnen.
- Eine einheitliche Lohnuntergrenze verhindert Lohndumping und schützt vor allem kleine und mittelständige Unternehmen und Handwerker, die anständige Löhne bezahlen. Und schützt diese auch vor Preisdumping und unlauterer Konkurrenz.
- Eine einheitliche Lohnuntergrenze greift nicht in die Tarifautonomie ein und stärkt sogar noch die Tarifautonomie, da die Tarifbindung in den letzten Jahren unter 50% der Unternehmen beträgt.
- Es ist klar, dass in Folge dieser Initiative und in Folge der Einführung der Lohnuntergrenze andere tangierende arbeitsrechtliche und andere rechtliche Regelungen getroffen werden müssen. Wir gehen davon aus, dass Arbeit sich lohnen muss, dass Leistung sich lohnen muss und dass es auch moralisch und psychologisch verantwortbar ist, dass ein Bürger, ein Mensch der in einem Arbeitsverhältnis steht auch seine Leistung entsprechend in angemessenem Maße anerkannt bekommt.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 22

---

Antragsinhalt: FDP bleibt gegen Mindestlohn  
Antragsteller: Thomas Vollmar, KV Hildburghausen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Thüringer FDP fordert die Bundes-FDP aus, ihre letztmalig in Frankfurt (Nov. 11)
- 2 gefestigte Position zum Thema Mindestlohn nicht weiter aufzuweichen.
  
- 3 Um sittenwidrige Niedriglöhne einzudämmen, gibt es ausreichend gesetzliche Möglichkeiten,
- 4 zu denen die FDP Thüringen auch steht. Weitergehende Einschränkungen der
- 5 Vertragsfreiheit und der Tarifautonomie lehnt die Thüringer FDP ab. Sie sieht es als
- 6 evidenten Bestandteil liberaler Politik, notfalls auch alleine die Fahne der Sozialen
- 7 Marktwirtschaft im Sinne Ehrhardts hochzuhalten und funktionärs- oder politisch beeinflusste
- 8 Einkommensniveaus zu verhindern. Eine schleichende Aufweichung dieser Position lehnt die
- 9 FDP Thüringen entschieden ab und fordert die Bundes-FDP auf, dieses auf dem BPT in
- 10 Berlin sowie in Nürnberg ebenfalls deutlich zu machen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 23

---

Antragsinhalt: Kindererziehungszeiten für Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben  
Antragsteller: Liberale Frauen Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert die Thüringer Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, sich
- 2 für die Prüfung der Möglichkeit zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten für Mütter, die
- 3 vor 1992 Kinder geboren haben, einzusetzen.

Begründung:

Pressemitteilung des Bundesvorstandes der Liberalen Frauen

Frauen dürfen nicht zu Verlierern in den Sozialsystemen werden. Gleichstellung bei der Rente ist ein Signal der Wertschätzung für die Leistungen von Müttern – unabhängig davon, wann ihre Kinder geboren wurden.“

Der Bundesvorstand der LIBERALEN FRAUEN unterstützt die Forderungen nach einer Besserstellung bei der Rente auch von Müttern, die Kinder vor 1992 geboren haben. Dieser Forderung haben sich eine große Zahl der Landesvereinigungen der LIBERALEN FRAUEN angeschlossen.

Kinder sind in Deutschland das Armutsrisiko Nummer 1. Viele Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren sind, mussten ihre berufliche Tätigkeit aufgeben, weil es zu wenig Kinderbetreuungsangebote gab, nur um beim Renteneintritt zu erleben, dass sie mit einer Rente klar kommen müssen, die in vielen Fällen nicht das Sozialhilfeniveau erreicht.

„Die Anerkennung der Leistung von Müttern bei der Erziehung ihrer Kinder kann gesellschaftlich nicht hoch genug bewertet werden. Frauen tragen mit dieser Arbeit wesentlich zum Erhalt unserer Sozialversicherungssysteme bei“, betont die Bundesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN Doris Buchholz. „Dabei darf es keinen Unterschied machen, ob Kinder vor oder nach 1992 geboren sind.“

Die LIBERALEN FRAUEN fordern eine ernsthafte Prüfung von Möglichkeiten, wie mindestens schrittweise die Ungleichbehandlung im Rentenrecht bei Müttern abgestellt werden kann. Das Problem darf nicht einfach mit dem Hinweis auf Haushaltszwänge einem Handstreich vom Tisch gefegt werden. „Wir wollen es auf der Tagesordnung wissen, um es einer gerechten Lösung zuzuführen!“ so die Bundesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN Doris Buchholz.“

Die Liberalen Frauen Thüringen unterstützen diese Forderung.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 24

---

Antragsinhalt: Ablehnung einer Frauenquote

Antragsteller: Liberale Frauen Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen lehnt die Einführung einer Frauenquote ab und fordert die Thüringer
- 2 Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, den Gesetzentwurf 17/11139 vom 23.10.2012
- 3 „Förderung gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern in Führungsgremien“ nicht
- 4 zu unterstützen.

Begründung:

Seit Jahrzehnten wird über die Frauenquote debattiert - in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, verschiedene Abstimmungen wurden eingeholt, wir als Frauen direkt befragt, blieb aus. Per Frauenquote in Strukturen eingreifen zu wollen, ob im politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Leben, widerstrebt gänzlich unserem liberalem Denken!

Die Liberalen Frauen Thüringen halten die Einführung einer starren Frauenquote für den falschen Weg! Wir Frauen sind doch keine Statisten, wir sind nicht unmündig und sind nicht unterwegs, um jene Statistiken zu erfüllen! Eine Gesellschaft homogener, fairer, familienfreundlicher und ansehnlicher zu gestalten, muss andere Fundamente haben, als eine Quotenregelung!

Vielmehr plädieren wir dafür, Frauen natürlich gleichberechtigt, jedoch im legalen Wettbewerb, der sich durch Leistung, Qualifikation, Engagement und soziale Kompetenz als unabdingbare Einheit zusammenzufügen hat und einzig bei Entscheidungen für Stellenausschreibungen und Stellenbesetzungen primär sein muss.

In unserer modernen Gesellschaft, einer Leistungsgesellschaft, sollen also grundsätzlich Qualifikation, Qualität der Leistungen und Loyalität ausschlaggebend sein! Geschlechter-spezifische Entscheidungen hingegen, sind für uns Frauen kein Gewinn und kein Ruhm; beim Gewinn einer Stellenbesetzung ebenso wenig, wie in der Position gesellschaftlicher oder beruflicher Rangfolgen.

Die Liberalen Frauen Thüringen fordern viel mehr, dass die Rahmenbedingungen für eine optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf wieder mehr im Augenmerk der Gesellschaft liegen. Jene Voraussetzungen dafür müssen wir in kompakten zielorientierten Programmen voranbringen.

Nach Prüfung und Abwägung aller Kriterien, die dem Leistungsdruck unserer Gesellschaft stand halten können, wenn also alles Angedachte vereinbar mit der Realität und vor allem auch den jeweiligen Strukturen des Territoriums angepasst und angeglichen wurde – hat solch ein Programm einzig Überlebensfähigkeit bis zur Wahl, auch bis zur nächsten Wahlperiode und noch länger durchzuhalten.

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 24

---

Antragsinhalt: Ablehnung einer Frauenquote

Antragsteller: Liberale Frauen Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

Unternehmen könnten durch Arbeitszeitanpassungen und Betriebskindergärten junge Familien unterstützen und somit weibliche, als auch männliche Fachkräfte mit hoher Qualifikation gewinnbringend beschäftigen.

Im Bereich der Kinderbetreuung, sollten schon in den Kommunen umfangreichere Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden; wichtige Kriterien sind dabei die zeitlich flexibleren Verfügbarkeiten der Kindereinrichtungen und den Gedanken, zusätzliche Kosten und Zeiten durch lange Wege in die Kindereinrichtung damit abzufedern.

Eine starre Frauenquote bezweckt nicht, dass Frauen in Politik, Wirtschaft und Familie eine ausgewogenere Freizeit haben, eine höhere Sicherheit für ihren Arbeitsplatz erhalten oder weniger Anforderungen im Tagesgeschäft bewältigen müssen.

In allen gesellschaftlichen Lebenszweigen ist der gesicherten Kinderbetreuung, Hauptaugenmerk zu schenken und es gilt endlich Gleise zu bauen, auf denen unsere „Familienzüge“ ungehindert fahren können! Im beruflichen Alltag, zu politisch- kulturellen Veranstaltungen ebenso, wie auf der Fahrt im privaten Leben.

Gesicherte Kinderbetreuung, Bildung, Erziehung und solide Ausbildung unserer Kinder, ist unsere Forderung! Nur so können beginnend in den Familien, weitergreifend dann in den Orts- und Kreisverbänden, folgend auf Landes- und Bundesebene, auch unsere liberal denkenden und engagierten Frauen motiviert werden, sich mit kommunalen Themen, in die politische Arbeit, sei es ehrenamtlich oder auf berufspolitischer Ebene, in die große Politik der Gesellschaft unseres Landes einzumischen.

Als Stadt- bzw. Gemeinderätin mitzuarbeiten, im Kreistag engagiert eine klare Sache zu vertreten, um diese zu kämpfen und entsprechende Inhalte auf den Weg nach draußen zu tragen, weil die von ihnen mitgetragenen Abstimmungsergebnisse motivieren und dies ein Näherkommen unserer Ziele im Alltag bedeutet und weil wir Frauen klar dafür plädieren, nach Leistung und Ausbildungsqualifikation eingesetzt zu werden und nicht, weil eine Quotenregelung uns den Arbeitsplatz sichert!

Nur so können wir etwas bewegen! Nur so kann liberales Denken und Tun gelebt werden und lebendig sein! Nur so können wir wieder mehr Frauen dazu bewegen in der Politik aktiv zu sein und nur so, wieder mehr Frauen in den Gremien auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene in verantwortlichen Positionen engagiert zu erleben!

Mit Inhalt, mit Wissen und Können, mit Akribie und mit Loyalität den Platz in der Gesellschaft finden; soziale Kompetenz nicht nur schreiben, sondern auch beweisen können, das wollen wir liberalen Frauen und keine starre Quotenbesetzung sein, weder beruflich, noch in der Politik.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

---

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 25

---

Antragsinhalt: Versorgungslücken in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) schließen - Mundgesundheit für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung verbessern.

Antragsteller: KV Wartburgkreis, Marian Koppe, Dirk Bergner

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP-Thüringen fordert die FDP-Bundestagsfraktion auf,
- 2 sich für die Novellierung des § 87 Abs. 2(i) SGB V hinsichtlich der gesetzgeberischen
- 3 Erweiterung des Leistungskataloges der GKV um präventive Leistungen - nach § 22 SGB V -
- 4 im Bereich der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde bei der aufsuchenden Betreuung
- 5 einzusetzen. Die Ausgestaltung obliegt den zuständigen Selbstverwaltungsgremien
- 6 (Bewertungsausschuss).

Begründung:

Es entspricht dem allgemein anerkannten Wissensstand, dass mit zunehmenden Alter, der Anteil kranker und multimorbid kranker Patienten steigt, die kognitiven und motorischen Fähigkeiten zunehmenden Einschränkungen unterliegen und sich die Ernährungsgewohnheiten bis hin zu Fehl- und Unterernährung umstellen. Bei den 60-79-Jährigen hat etwa jeder sechste Mann und jede vierte Frau fünf oder mehr Krankheiten. Gerade durch die neurologisch und motorisch bedingten Einschränkungen ist die selbstständige Pflege der Zähne und des Zahnersatzes sehr eingeschränkt oder nicht mehr alleine durchführbar. Auch eine Visusverminderung durch Grüner Star, Grauer Star oder diabetische Retinopathie kann bei sonst noch rüstigen Senioren die Pflege von Gebiss und Prothesen einschränken.

Hinzu kommen die Auswirkungen der im Alter zunehmenden Polymedikation. Etwa 60 Prozent der über 65-Jährigen erhalten bis zu drei rezeptpflichtige Medikamente, 15 Prozent erhalten vier und mehr. Damit einher geht die Zunahme der unerwünschten Arzneimittelwirkungen - auch auf die Mund- und Zahngesundheit - um das vier- bis fünffache gegenüber jüngeren Patienten. Die Pflege- und Hygienefähigkeit wird zudem durch im Alter stark zunehmende depressive und demente Erkrankungen erheblich eingeschränkt.

Des Weiteren sind im Alter generell signifikante Veränderungen der Mundhöhlengesundheit zu beobachten. Neben Alterserkrankungen wie altersbedingter Mundtrockenheit (Xerostomie), Wurzelkaries oder Tumoren der Mundschleimhaut sind physiologische Veränderungen der oralen Gewebe ursächlich dafür. Diese sind eng verbunden mit pathologischen Vorgängen in der Mundhöhle oder des Gesamtorganismus. Neben Allgemeinerkrankungen und Störungen des Immunsystems sind bakterielle, virale, durch Pilze hervorgerufene und parasitäre Infektionen Auslöser für Schleimhautveränderungen [Jäger, Susanne, Mundhygiene und Mundgesundheit bei Bewohnern von Altenpflegeheimen. Auswirkungen eines Trainingsprogramms für die Pflegekräfte auf die Mundgesundheit der Bewohner, Bonn 2009].

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 25

Antragsinhalt: Versorgungslücken in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) schließen - Mundgesundheit für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung verbessern.

Antragsteller: KV Wartburgkreis, Marian Koppe, Dirk Bergner

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es ist nicht verwunderlich, dass die Mundgesundheit und die zahnmedizinische Versorgung von pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen deutlich schlechter als beim Bevölkerungsdurchschnitt sind. Prekär ist die Lage gerade bei Kindern mit Behinderung. Hier erleiden 12-jährige bis zu 25 Mal häufiger einen Verlust bleibender Zähne als gleichaltrige Vergleichsgruppen ohne Behinderung. Des Weiteren vergehen in rund 50 Prozent der Heime zwischen zwei Zahnarztterminen mehr als 22 Monate [IDZ-Information Nr. 3/2012]. Die Zahnärzteschaft und die Krankenkassen raten jedoch dringend zur halbjährlichen Prävention. Dies muss mindestens auch für Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige gelten.

Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung gehören daher zur Hochrisikogruppe für Karies- und Parodontalerkrankungen. Was ihre Mund- und Zahngesundheit anbelangt, haben sie spezielle Bedürfnisse, die im Leistungskatalog der GKV nicht abgebildet sind. Diesem Versorgungsbedarf tragen die Regelungen im SGB V nicht ausreichend Rechnung. Präventive Leistungen sind gegenwärtig gesetzlich auf Kinder und Jugendliche begrenzt und für Erwachsene nur im Rahmen einer Privatbehandlung zugänglich. Die jetzt vorgesehene Gebührenposition deckt zusätzlich notwendige Präventionsleistungen nicht ab, da sie ausschließlich den mit der Erbringung der bereits jetzt im Leistungskatalog vorgesehenen Behandlungen verbundenen Mehraufwand (personell, instrumentell und zeitlich – vgl. Begründung des 14. Ausschusses des Deutschen Bundestages zum § 87 Abs. Abs. 2(i) SGB V des Entwurfs eines GKV-VStG, Ds 17/8005 v. 30.11.2011) berücksichtigt. Eine Erweiterung des bisherigen Leistungskataloges um auf diesen Patientenkreis abgestimmte Präventionsleistungen, die auch eine Einbeziehung des pflegenden Umfeldes umfassen müssen, ist damit nicht verbunden.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 26

---

Antragsinhalt: Novellierung des § 275 SGB V

Antragsteller: KV Wartburgkreis, Marian Koppe, Dirk Bergner

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **I. Die FDP-Thüringen stellt fest:**

2 1. Die Thüringer Krankenhäuser sind elementarer Bestandteil der medizinischen  
3 Versorgungslandschaft im Freistaat.

4 2. Die Thüringer Krankenhäuser tragen - neben ambulanten Akteuren - mit ihrer  
5 hohen Struktur- und Versorgungsqualität dazu bei, dass das deutsche  
6 Gesundheitssystem zu einem der besten weltweit zählt.

7 3. Die Thüringer Krankenhäuser sind zudem ein wichtiger Teil der regionalen  
8 Wirtschaftsstruktur.

9 4. Die korrekte Abrechnung und Dokumentation von Krankenhausfällen ist  
10 unverzichtbare Grundlage für eine genaue Gesundheitsberichterstattung von Bund  
11 und Land sowie für eine bedarfsgerechte Krankenhausplanung in Thüringen.  
12

13 5. Die Fachkräftesituation im Freistaat Thüringen lässt es nicht zu, dass sich eine  
14 immer größer werdende Zahl von Ärzten mit der Kontrolle von  
15 Krankenhausabrechnungen beschäftigt.

16 **II. Die FDP-Thüringen fordert die FDP-Bundestagsfraktion auf,**

17 1. sich für eine Novellierung des § 275 SGB V einzusetzen, welche die bestehende  
18 Diskrepanz zwischen dem Prüfauftrag des Medizinischen Dienstes der  
19 Krankenkassen (MDK) nach § 275 SGB V Absatz 1c und der fehlenden  
20 Sanktionierung der Krankenhäuser bei Feststellung von überhöhten  
21 Krankenhausrechnungen behebt.

22 2. sich für ein Sanktionsmodell einzusetzen, das wirksame - auch monetäre -  
23 Strafen bei überhöhten Falschabrechnungen durch Krankenhäuser vorsieht.

Begründung:

Die mit der Gesundheitsreform 2007 eingeführte "asymmetrische" Ausgestaltung der Aufwandspauschale gem. §275 SGB V, hat extreme Auswirkungen auf die Gesamtkosten des gesetzlichen Versicherungensystems.

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 26

Antragsinhalt: Novellierung des § 275 SGB V

Antragsteller: KV Wartburgkreis, Marian Koppe, Dirk Bergner

Der Landesparteitag möge beschließen:

Bislang geht die falsche Abrechnung für Krankenhäuser mit keinerlei Sanktionen oder auch nur Kostenbeteiligungen einher, solange nicht nachgewiesen ist, dass diese vorsätzlich geschehen ist. Umgekehrt entstehen den Krankenkassen zusätzliche Kosten in Höhe von 300 Euro für jede Überprüfung einer Abrechnung, die keinen Fehler nachweist. Diese Ungleichbehandlung zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern ist eine nicht vertretbare "Waffenungleichheit" zu Lasten der Krankenkassen und der gesetzlich Versicherten.

Dass verdachtsunabhängige Einzelfallprüfungen erfolgen müssen steht außer Frage. Dies belegen Schätzungen des Bundesrechnungshofs, wonach den GKV-Beitragszahlern durch Falschabrechnungen der Krankenhäuser pro Jahr bundesweit ein Schaden von etwa 875 Millionen Euro entstehen. Schätzungen des GKV-Spitzenverbandes gehen gar von einem Gesamtschaden in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro aus.

Laut Zahlen des GKV-Spitzenverbandes wurden im Jahr 2010 durchschnittlich 11,6 Prozent der Krankenhausabrechnungen einer MDK-Prüfung unterzogen. Im Schnitt waren 45,6 Prozent der geprüften Rechnungen zugunsten der Kassen zu korrigieren. Somit ist die Trefferquote gegenüber dem Prüfungszeitraum 2009 nochmals um 3 Prozentpunkte gestiegen. Einzelne Krankenkassen erreichten mit zielgerichteten Prüfungen erneut überdurchschnittliche Werte von beispielsweise 57 Prozent, so dass in diesem Fall sogar mehr als jede zweite geprüfte Rechnung als korrekturbedürftig einzustufen war.

Auch den in Thüringen gesetzlich Versicherten, dürfte jährlich ein Schaden in Millionenhöhe entstehen. So gibt die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage in Drucksache 5/3312 an, dass von 63.861 durch Krankenkassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen Thüringen e.V. (MDK) begutachteten Abrechnungsfällen, sich 33.704 als korrekturbedürftig erwiesen. Dies entspricht einer Fehlerquote von ca. 52,7 Prozent.

Dies zeigt, dass das bisherige asymmetrische Modell des § 275 SGB V keine ausreichenden Anreize zur korrekten Abrechnung von erbrachten Leistungen der Krankenhäuser gegenüber den Krankenkassen setzt.

Mit der jüngsten Entwicklung seit dem Jahr 2011 hat die Problematik fehlerhafter Krankenhausabrechnungen vielmehr insbesondere in Thüringen eine Dimension erreicht, die ein Eingreifen des Gesetzgebers zwingend nahelegt. So stieg hier die Anzahl der begutachteten Rechnungen im 1. Halbjahr 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 32 Prozent auf über 44.000. Auf das Gesamtjahr hochgerechnet wäre im Jahr 2012 mit rund 90.000 Gutachten zu rechnen.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:



**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 27

---

Antragsinhalt: Ehe- und familienpolitische Leistungen überprüfen -  
Maßnahmensystem harmonisieren - Leistungen zielgenauer,  
wirksamer und effizienter gestalten.

Antragsteller: KV Wartburgkreis, Marian Koppe, Dirk Bergner

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **I. FDP-Thüringen fordert die FDP-Bundestagsfraktion auf,**

2 den 2009 im Koalitionsvertrag zwischen FDP, CDU und CSU beschlossenen  
3 Evaluationsbericht zu ehe- und familienpolitischen Leistungen zügig vorzulegen und die  
4 Ergebnisse in konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Maßnahmensystems umzusetzen.  
5 Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

6 "Wir wollen die umfassende wissenschaftliche Evaluation der familienbezogenen Leistungen  
7 konsequent fortsetzen und entsprechende Vorschläge vorlegen. Ziel sind konkrete  
8 Handlungsempfehlungen, um Leistungen wirksamer und effizienter zu gestalten und zu  
9 bündeln. Weiterhin werden wir prüfen, wie die Leistungen im Unterhaltsrecht, Steuerrecht,  
10 Sozialrecht und Familienrecht harmonisiert werden können und entsprechende Schritte  
11 einleiten." (S. 69)

12 **II. Die Reform der ehe- und familienpolitischen Leistungen sollten sich an folgenden**  
13 **Prämissen orientieren:**

- 14 1. Das Wirrwarr aus über 160 sich teilweise widersprechender ehe- und  
15 familienpolitischen Leistungen, Fördertöpfen und Subventionen auf wenige,  
16 dafür effiziente Instrumente zu reduzieren,
- 17 2. dass Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting nach dem Kirchhof-Modell  
18 zu ersetzen, bei dem zukünftig das Ausmaß des Steuervorteils von der Anzahl  
19 der Kinder abhängt,
- 20 3. dass Betreuungsgeld des Bundes und Thüringer Landeserziehungsgeld  
21 zugunsten der Förderung und des Ausbaus staatlicher Infrastruktur zur  
22 Kinderbetreuung eingesetzt wird,
- 23 4. der private Dienstleistungssektor für Familien gestärkt wird (etwa durch  
24 Vergabe von Gutscheinen für Kindermädchen oder Haushaltshilfen).

Begründung:

Bis zu 200 Milliarden Euro werden in Deutschland jedes Jahr für familienpolitische Leistungen ausgegeben. Das Dickicht der ehe- und familienpolitischen Leistungen ist fast undurchdringlich - und viele zeigen keinerlei Wirkung oder sind sogar kontraproduktiv. Die Familie bedarf der besonderen Förderung, um bisherige Benachteiligungen auszuräumen. Familienpolitische Leistungen sind eine Investition in unsere Zukunft. Familie ist dort, wo Kinder sind.

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 27

---

Antragsinhalt: Ehe- und familienpolitische Leistungen überprüfen -  
Maßnahmensystem harmonisieren - Leistungen zielgenauer,  
wirksamer und effizienter gestalten.

Antragsteller: KV Wartburgkreis, Marian Koppe, Dirk Bergner

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

Dabei darf kein Lebensentwurf gegenüber einem anderen stigmatisiert werden. Denn für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Die Liberalen bekennen sich daher klar zu einer Familienpolitik, welche die Eltern unterstützt und fördert und so der jüngeren Generation eine chancenreiche Zukunft ermöglicht.

Allerdings muss dabei stets der Grundsatz gelten, dass nicht der finanzielle Aufwand das entscheidende Kriterium für eine erfolgreiche Politik sein kann, sondern die erzielte Wirkung. Nach den aktuellsten Erkenntnissen ist dies bei den über 160 verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen in der Bundesrepublik nicht der Fall.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 28

Antragsinhalt: Kooperative Tagespflege ermöglichen

Antragsteller: KV Jena

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag beauftragt die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, auf eine Streichung
- 2 oder Öffnung der Regelung in § 1, Satz 3 der Thüringer Kindertagespflegeverordnung
- 3 hinzuwirken. Die Kommunen sollen einen Ermessensspielraum erhalten.

Begründung:

In § 1 der Verordnung (Stand 29.3.2012) werden die "Anforderungen an die Organisation von Kindertagespflege" wie folgt geregelt:

*"<sup>1</sup>Kindertagespflege ist dann eine familiennahe Form der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, wenn die Tagespflegeperson in privaten Zusammenhängen erlebt werden kann.*

*<sup>2</sup>So sind die Kinder in den Familienalltag und in die familiäre Zeitstruktur der Tagespflegeperson einzubinden und an Unternehmungen der Familie zu beteiligen.*

*<sup>3</sup>Zusammenschlüsse von Tagespflegepersonen in angemieteten Räumen erfüllen diese Anforderungen nicht.*

Satz 3 soll die Großtagespflege ausschließen, die im Verständnis des Landesgesetzgebers schon bei zwei Tagesmüttern beginnt. Getrieben ist dies von der Sorge, die Tagespflege könnte in ungesunde Konkurrenz zum System Kita treten. Die Kommunen als Genehmigungsbehörde für die Tagespflege sind an die Vorgabe gebunden, auch wenn sie diese Sorge nicht teilen.

So könnten solche Tagespflege-Angebote im ländlichen Raum wohnortnah Bedarfe auffangen, die den Bau einer Kita noch nicht rechtfertigen. Städte mit großem und stark schwankendem Bedarf könnten so viel dynamischer auf sich verändernde Kinderzahlen reagieren als allein mit dem Neubau / Umnutzung / Abriss von Kitas. In beiden Fällen ist die Betreuung in privaten Räumen für die Kommune günstiger (Bauinvest, Betriebskosten). Im Betreuungsverhältnis kann bei einer solchen Kooperation auf den Ausfall einer Tagesmutter durch Krankheit, Fortbildung etc. flexibler reagiert werden als mit den sonst aufwändig über die Kommune zu organisierenden Vertretungsregelungen.

Die eigentliche Vorgabe des § 1 (familiennahe Form der Bildung, Erziehung und Betreuung) ist vollkommen richtig. Dies kann aber im Zuge der Genehmigung mit abgeprüft werden. Die Kommune würde dann eben nicht nur die Person und die Räume, sondern auch das Konzept der Tagesmütter als Kriterium in die Eignungsprüfung mit aufnehmen. Einen harten Ausschluss wie in Satz 3 braucht es dafür nicht, so wie er auch in der vorangegangenen Fassung der Verordnung (Stand 23.6.2009) nicht enthalten war.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 29

---

Antragsinhalt: Keine Quote – Nirgendwo!

Antragsteller: Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In einer freien und toleranten Gesellschaft ist es essentiell, dass sich jeder Mensch mit
- 2 seinen einzigartigen Stärken und Schwächen entfalten kann. Die FDP Thüringen bekennt
- 3 sich daher ausdrücklich zum Individualismus und zur Vertragsfreiheit.
  
- 4 Es muss im Verantwortungsbereich jedes Einzelnen liegen, ob er einen Vertrag mit einer
- 5 anderen Partei eingeht oder ablehnt. Wir lehnen es daher strikt ab, dass einzelnen Personen
- 6 aufgrund der Zugehörigkeit zu einer wie auch immer definierten Gruppe, staatlich
- 7 Sonderrechte verordnet werden. Die Vertragsfreiheit zwischen Privaten muss gänzlich
- 8 unangetastet bleiben.
  
- 9 Die Thüringer FDP spricht sich daher konsequent gegen jegliche Art einer verpflichtenden
- 10 Quote aus.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 30

---

Antragsinhalt:           Gegen das Betreuungsgeld!

Antragsteller:           Junge Liberale Thüringen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Ab August 2013 werden Eltern, die ihre Kinder im Alter von ein bis drei Jahren selbst
- 2 betreuen anstatt es in einer entsprechenden Einrichtung unterzubringen, monatlich 150 €
- 3 erhalten.
  
- 4 Ziel dieser Subvention soll es u.a. sein, die Erziehungsarbeit aufzuwerten, Mütter mit kleinen
- 5 Kindern finanziell besser zu stellen und ihnen die Möglichkeit zu geben teilweise aus dem
- 6 Berufsleben auszusteigen.
  
- 7 Die Thüringer Liberalen sehen diese dreiste Maßnahme zur Lenkung höchstprivater
- 8 Entscheidungen in der Kindererziehung sehr kritisch. Die Präferenzen der Eltern in der
- 9 Kinderbetreuung gehen den Staat nichts an. Es gibt keine beste Form der Erziehung und
- 10 eine vielfältige Gesellschaft ist zu wichtig, als das wir zulassen dürfen, die
- 11 Erziehungsentscheidung der Eltern durch finanzielle Anreize - auf Kosten der Steuerzahler -
- 12 zu verzerren.
  
- 13 Die Familienpolitik muss sich darauf konzentrieren, das Wohl des Kindes zu fördern. Das
- 14 Betreuungsgeld ist dafür keine geeignete Maßnahme. Die FDP Thüringen setzt sich daher
- 15 für eine Abschaffung des Betreuungsgeldes ein.

Begründung:

Erfolgt mündlich

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 31

---

Antragsinhalt: Umfassende Steuervereinfachung mittels Kirchhof-Modell  
Antragsteller: KV Erfurt, KV Wartburgkreis, KV Saalfeld-Rudolstadt, KV Saale-Orla-Kreis, KV Hildburghausen, KV Sömmerda, KV Gotha, KV Ilm-Kreis,  
LFA V Haushalt und Finanzen

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen fordert die FDP-Landtags- und Bundestagsfraktion dazu auf, sich für
- 2 eine umfassende Vereinfachung des deutschen Steuerrechts mittels Umsetzung des
- 3 Kirchhof-Modells einzusetzen.

Begründung:

Das komplizierte deutsche Steuerrecht beinhaltet rund 30.000 Paragraphen. Allein der Bund erhebt 32 verschiedene Steuern, z.B. Mehrwertsteuer, Einkommen-, Versicherungs- und Tabaksteuer sowie natürlich Mineralöl- und Ökosteuern. Hinzu kommen lokale Spielarten wie Hunde- oder Bettensteuer. Es gibt kaum eine Lebenssituation, wo der Staat nicht die Hand aufhält! Irgendeine Steuerart greift immer. Der Versuch Gerechtigkeit über die Regelung jedes erdenklichen Einzelfalls herzustellen sowie das Steuerrecht zur Anreizsetzung zu nutzen, haben zu einem bürokratischen Moloch geführt, der von über 500 Steuerschlupflöchern durchzogen wird.

Je komplizierter das Steuersystem ist, desto ungerechter wird es. Weil irgendwann nur noch derjenige, der viel Geld für einen Steuerberater hat, von den Ausnahmen profitiert, während alle anderen die Dummen sind, die zahlen müssen. Dies ist nicht nur für den einzelnen Bürger ein untragbarer Zustand, langfristig wird so auch das Ansehen des gesamten Staats untergraben. Wer das Steuersystem nicht versteht und ständig das Gefühl hat der Ehrliche wäre der Dumme, der zahlt nur widerwillig Steuern.

Das Kirchhof-Modell ist ein über zehn Jahre detailliert ausgearbeiteter Reformvorschlag, der im "Bundessteuergesetzbuch: Ein Reformentwurf zur Erneuerung des Steuerrechts" vorliegt. Der Entwurf vereinfacht das deutsche Steuerrecht umfassend und würde so die beschriebenen Missstände beseitigen. Er sieht die Abschaffung aller Ausnahmen und Steuerprivilegien vor und reduziert den Wust an Steuerarten auf vier Steuerarten in insgesamt 146 Paragraphen: Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Erbschaftssteuer und Verbrauchssteuer. Die Alltagstauglichkeit der Vorschläge wurde in der Praxis bereits überprüft, beispielsweise bei parallelen Betriebsprüfungen nach altem und neuem Steuerrecht.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**26. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 02. März 2013 in Weimar**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 32

---

Antragsinhalt: 1-Prozent-Regel

Antragsteller: KV Erfurt

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landespartei wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die 1-Prozent-Regelung zur
- 2 Versteuerung der Privatnutzung von betrieblichen Fahrzeugen so überarbeitet wird, dass die
- 3 im Kraftfahrzeughandel gewährten üblichen Rabatte bei der Bestimmung der Bemessungs-
- 4 grundlage steuerlich berücksichtigt werden.

Begründung:

Wer ein betriebliches Fahrzeug auch für Privatfahrten nutzt, ist nach der derzeit geltenden Rechtslage verpflichtet, die Privatnutzung – sowohl für Einkommensteuerzwecke als auch für Umsatzsteuerzwecke – zu versteuern. Als geldwerten Vorteil für die Privatnutzung muss ein Dienstwagenfahrer monatlich 1 % des Fahrzeug-Bruttolistenpreises zusammen mit seinem Einkommen versteuern (wenn er die Kosten für Privatfahrten nicht mittels eines Fahrtenbuches ermitteln möchte).

Dies gilt auch dann, wenn ein gebrauchtes KFZ als Firmenwagen angeschafft und privat genutzt wird oder wenn Rabatte auf den Neupreis gewährt wurden. Als Bemessungsgrundlage für die 1%- Berechnung gilt trotzdem der Neuwagenlistenpreis und nicht der Preis, der für das Fahrzeug gezahlt wurde.

In den meisten Fällen führt dies zu einer Benachteiligung des Firmenwagennutzers, da fast keine Firma den Listenpreis für ein Neufahrzeug bezahlt, vor allem aber wenn ein gebrauchter Pkw angeschafft wurde. Die Heranziehung des Bruttoneuwagenlistenpreises ist deshalb nicht mehr zeitgemäß. Handelsübliche Rabatte auf Listenpreise sollten bei Anwendung der 1%-Regelung berücksichtigt werden.

\*\*\*\*\*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: